



IRAN // UKRAINE // LÜTZERATH

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

auf der internationalen Bühne geht es aktuell heiß her. Aufstände im Iran, Krieg in der Ukraine, Klimakrise: das sind die Brennpunkte, die das letzte Halbjahr besonders geprägt haben. Doch auch hier in Bonn, vor unserer Haustür, manifestieren sich diese großen globalen Herausforderungen. In der neuen Ausgabe des Politicums geben wir euch einen Einblick in einige dieser Themen.

Im letzten September folgte auf den gewaltsamen Tod von Jina Mahsa Amini der Ausbruch einer beispiellosen Protestwelle im Iran und weltweit. Die Bewegung erreichte auch Bonn. Homayoun, Hauptverantwortlicher von „frauenleben-freiheit_bonn“, hat uns in einem Interview Auskunft gegeben, wie sich die Aufstände seit dem Tod Aminis entwickeln.

Wie funktioniert Russlands Abschreckungspolitik im Ukrainekrieg? Und was bedeutet eigentlich „Holodomor“? Auch mit diesen Fragen beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe.

Außerdem berichtet uns Masha Dmitruk, eine Studentin mit russisch-ukrainischer Herkunft, von ihrem Alltag an der Uni Bonn. Die Abbruchkante in Lützerath befindet sich nur etwa 50 Kilometer Luftlinie vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie entfernt. Lucie, Melli und Karsten aus unserer Redaktion waren bei den dortigen Klimaschutzdemos dabei und schildern aus erster Hand.

Mit Blick auf so diverse Bereiche wie internationale Organisationen, globale Protestbewegungen oder Versöhnungsprozesse im Balkan kann man immer wieder auf die Bundesstadt Bonn zu sprechen kommen. Unter der Überschrift „Bonn International“ nehmen wir uns diesen Themen an und versuchen, euch spannende Eindrücke zu vermitteln.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

Euer Redaktionsteam

LIEBE STUDIS,

herzlich willkommen im Politicum. Wir freuen uns, euch auf einen ganz kurzen Rückblick durch das vergangene Semester mitzunehmen. Für uns ganz persönlich war es ein sehr aufregendes, da wir seit Dezember den neuen Vorsitz übernehmen und deswegen viele neue schöne, aber auch herausfordernde, Aufgaben übernehmen dürfen.

Eingeleitet haben wir im Oktober mit einer Orientierungs-Woche, in der unsere neuen Erstis Kontakte knüpfen konnten und die Uni kennengelernt haben. Im Verlauf des Semesters folgten verschiedenste Aktionen wie eine Podiumsdiskussion zum Thema Frauen in der Politikwissenschaft und Soziologie, die Fachschaftsparty, eine Info-Veranstaltung zum Institut, die Weihnachtsfeier und vieles mehr. Es fehlte dabei nie an guter Laune, ganz viel Spaß oder auch einem Getreidesprudel oder anderem Kaltgetränk.

Auch im nächsten Semester wollen wir dies natürlich so weiterführen. Ihr dürft euch also schon auf das kommende Sommersemester freuen, denn wir als Fachschaft sind schon voller Vorfreude und Motivation euch bei verschiedensten

Veranstaltungen zu treffen.

Wir wollen außerdem die Gelegenheit nutzen, euch dazu einzuladen bei einer unserer Fachschaftssitzungen Mittwochs Abends um 20:15 Uhr im großen Übungsraum in der Lennéstraße 27 vorbeizuschauen. Egal ob ihr mitdiskutieren, neue Menschen kennenlernen oder euch nachher von uns beim Kicken abziehen lassen wollt – ihr seid alle herzlich willkommen. Aber nicht nur mittwochs Abends sind wir für euch da, sondern auch sonst haben wir für alle eure Anliegen immer ein offenes Ohr. Falls du also Fragen, Anregungen oder Ideen hast, oder falls Probleme und Herausforderungen auftauchen, sprich, schreib oder ruf uns einfach an – wir sind für dich da und helfen gerne.

Wir wünschen euch nun ganz viel Spaß beim Lesen und ein schonmal ein schönes Sommersemester! Bis bald!

GaLieGrü
Madita & Benni



IMPRESSUM

POLITICUM ist die Zeitschrift der Fachschaft des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansichten der Redaktion oder die der Fachschaft wieder. Die Autorinnen und Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge selbst verantwortlich.

Fachschaft Politische Wissenschaft und Soziologie
Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fs-sozpol.de
www.fs-sozpol.de

Erschienen:
Mai 2023

Herausgegeben von:
Fachschaft Politik und Soziologie

Redaktion:
Alessandra Fahl (V.i.S.d.P.), Melli Heberlein, Lucie Krausse, Inga Kruse, Luis Wisser, Benedikt Mause, Karsten Römbling

Layout:
Alessandra Fahl, Luis Wisser

Mit Texten von:
Benedikt Mause, Luis Wisser, Inga Kruse, Anna Doyen, Alessandra Fahl, Masha Dmitruk, Lena Zimmermann, Valentin Reischert, Jonathan Keller, Melanie Eberlein, Lucie Krauß, Karsten Römbling, Annika Beckmann

Bilder:
Cover: Farah Ashour, S.6-7 Benedikt Mause, S.26-32 Farah Ashour, S. 33-35 Masha Dmitruk, S.47-55

INHALT

INS KALTE WASSER

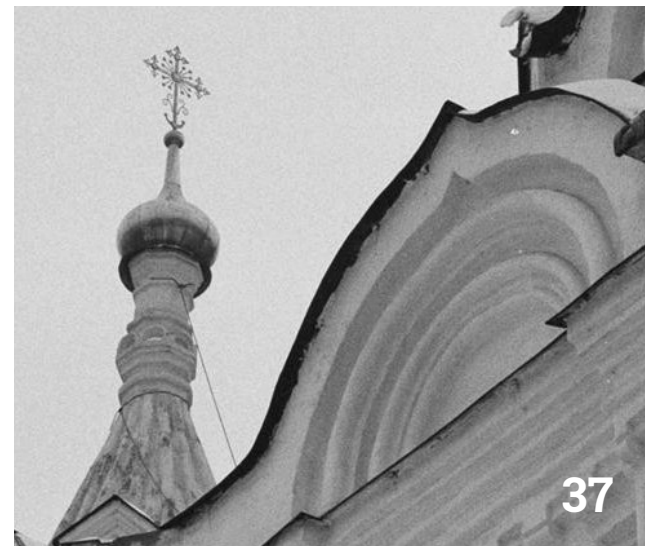
06 __ Bonn International – Reflexionen

INTERNATIONALE POLITIK

09 __ Putins Weltvernichtungsmaschine

14 __ Kurd:innenfeindlichkeit durch die türkische Regierung

16 __ Die Vergessenen



IM FOKUS: IRAN

21 __ Irans Machtstrukturen

25 __ Zan. Zendegi. Azadi

IM FOKUS: UKRAINE

37 __ Über die Heimat

40 __ Holodomor – Ein Genozid durch Hunger?



IM FOKUS: BALKAN

45 __ Versöhnungsinitiativen in der Balkanregion

48 __ Die Zukunft des Balkans

UNTERWEGS

51 __ Lützerath

KULTUR UND MEDIEN

61 __ ISTANBUL im Theater Bonn

64 __ Filmrezension: The Banshees of Inisherin

66 __ Buchempfehlungen der Redaktion

NACHGEFRAGT

70 __ Top 5 Erasmus

72 __ Mit Erasmus nach Paris



BONN INTERNATIONAL? REFLEXIONEN:

„I bin a Dorfkind und darauf bin I stolz“

von Benedikt Mause

Kennen Sie dieses Lied? Ich habe es bis jetzt auf dem ein oder anderen Dorffest gehört. Denn ich bin eins, ein „Dorfkind“. Eigentlich mag ich diese Unterscheidung nicht. Vor drei, vier Jahren wurden in meinem Umfeld Instagram-Accounts populär, die sie immer wieder herausstellten. Immer wieder mit Stereotypen wie „Viel saufen können“ oder „Das echte Leben verstehen“ das Dorfleben glorifizierten. Meist nannte ich es primitiv und versuchte es zu ignorieren. Aber es blieb, und heute greife ich mit diesem Text die Unterscheidung doch wieder auf. Schwierig vielleicht, aber sie soll ein Aufhänger sein. Um Erfahrungen zu teilen. Weniger Stereotypen als dem Umstand geschuldet, dass in einem Dorf oft weniger Menschen, auch weniger Kulturen aufeinandertreffen und sich ein solches als Kontrast anbietet. Was ist anders in Bonn, einer Stadt, die sich ja schon im Motto international versteht?

Zunächst muss ich enttäuschen. Bonn ist immer noch Deutschland. Die Menschen gucken dieselben Filme, hören

dieselbe Musik – die „Torfrocker“ vielleicht ausgenommen. Ja, auch Weltstadt mag man den „Bundeshauptdorf“ getauften Ort nicht nennen. Doch bleiben 336.000 Einwohner, eine breit aufgestellte Universität, die UN. Gerade die Universität ist es, die als erstes „Internationalität“ für mich erlebbar



macht. Studierende aus der ganzen Welt, aus China, Ägypten, Syrien erweitern den Blickwinkel. Ich durfte in Studiengang und studentischen Gruppen eine (welt-)offene Atmosphäre erleben. Eine Atmosphäre, die sich einerseits wahrscheinlich auch auf die „Bubbles“ bezieht, in denen ich mich bewege, aber die durch ihre Diversität und überhaupt das Vorhandensein der „Bubbles“ einen Unterschied für mich darstellt. Was fällt noch auf? Zunächst mehr Sprachen. Fast täglich höre ich, wenn ich durch Bonn laufe, jemanden nicht Deutsch sprechen. Auch das Vorhandensein einer „französischen“ Bäckerei, eine riesige Auswahl an Restaurants verschiedener Küchen sind für mich „Jung vom Land“ keine Selbstverständlichkeit (vom „Dorftaliener“ und dem „Dönermann“ mal abgesehen). Also nicht in dieser Nähe. Filme in Originalfassung, eine Karnevalsgruppe „UN-Funken“, eine „Charles-de-Gaulle“-Straße - Was dem ein oder anderen vor der Haustür selbstverständlich erscheinen mag, war für mich immer mindestens eine halbe Autostunde entfernt.

Wenn ich von einer weltoffenen Atmosphäre als „neu“ spreche, meine ich nicht, dass in meinem Heimatort Ausländerfeindlichkeit an der Tagesordnung steht. Es ist schlicht etwas anders, wahrscheinlich auch bedingt durch 336.000 verschiedene Lebensentwürfe, die sich von 2000 eindeutig abheben. Das „Dorfleben“ kann spannend sein. Ich schätze es, wenn der leere Begriff eine engagierte Gemeinschaft beschreibt, die – bei uns in Vereinen organisiert – den Alltag zu strukturieren und zu verschönern sucht. Ich schätze Initiativen der Flüchtlingshilfe, den Basar der kfd (Katholische

Frauengemeinschaft Deutschlands) zu Gunsten von Hilfsprojekten oder alljährliche Konzerte des Musikvereins. Es ist auch (zumindest bei mir) nicht so, als wäre „nichts los“, gerade der Tourismus sorgt für etwas „Durchmischung“. Aber: Die beschriebene „Dorfcommunity“ ist doch recht homogen. Randgruppen existieren. Auch extremen politischen Gesinnungen kann man - vertreten meist von einzelnen Personen - weniger aus dem Weg gehen. Dennoch ist in meinem Geburtsort der Durchschnitt eine finanziell stabile „gut bürgerliche“ Gruppe, die gleichzeitig Heimat bietet und etwas exklusiv bleibt. Die in der Nachbarschaftshilfe stark, aber in der Aufnahme Fremder verhalten, in der Akzeptanz ganz verschiedener Lebensentwürfe nicht selten unangenehm neugierig ist.

Insofern ist es ein „mehr“, das Bonn für mich im Hinblick auf die Frage anders, „internationaler“, macht. Ein „mehr“ an Menschen, ein „mehr“ an Lebensentwürfen. Ein „mehr“ an Fluchtpunkten vor Menschen, mit denen man sich nicht versteht. Ein „mehr“ an Universität und UN und damit auch ein „mehr“ an verschiedenen Kulturen. Ob Bonn nun „international“ im Sinne einer Stadt wie New York ist? Was heißt international?

Es ist ein Ort, an dem ganz verschiedene Menschen mehr oder weniger zusammenleben. An dem Dinge auffallen, denen das „Dorfkind“ in mir im Heimatdorf nur teilweise begegnet.

INTERNATIONALE POLITIK



PUTINS WELTVERNICHTUNGSMASCHINE

Wie Russlands nukleare Abschreckung im Ukrainekrieg funktioniert und was das amerikanische Kino damit zu tun hat

von Luis Wisser

Im Jahr 1964 prämierte Stanley Kubricks Film „Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“ in den amerikanischen Kinos. Ein Jahr nach der politischen Entschärfung der Kubakrise bereitete dieser die Thematik eines möglichen Nuklearkriegs satirisch auf. In Kubricks Szenario befiehlt Jack D. Ripper, ein psychisch labiler General der US-Air-Force, einen präventiven Nuklearschlag auf die Sowjetunion. Mit viel Mühe gelingt es dem amerikanischen Präsidenten, alle ausgesandten Bomber zurückzurufen. Alle, bis auf einen Einzigen, der weiter stur sein Ziel verfolgt. Als er den sowjetischen Botschafter von den Vorgängen in Kenntnis setzt, berichtet ihm jener von der nuklearen „Weltvernichtungsmaschine“ seines Staates. Diese Abschreckungswaffe werde automatisch und unumkehrbar alles Leben auf der Erdoberfläche vernichten, sobald ein Atomangriff auf sowjetisches Territorium stattfände.

Selbst ein halbes Jahrhundert nach Erstausstrahlung des Films scheint uns dieser auch heute noch etwas zu sagen

zu haben. Seit dem 24. Februar 2022 betreibt der russische Präsident Wladimir Putin eine beunruhigende Nuklearrhetorik, die darauf abzielt, die NATO-Allianz von einem militärischen Eingriff in den Ukrainekrieg abzuschrecken. Im Falle einer direkten Konfrontation zwischen NATO und Russland warnten sowohl Putin als auch sein Außenminister Sergei Lawrow wiederholt vor einem atomaren Großmachtkonflikt. Hierbei wird implizit von einem Automatismus ausgegangen, der jenem der Weltvernichtungsmaschine recht nahekommmt. Eine Einmischung des Westens, so die Logik, wird eine Eskalationsspirale nach sich ziehen, die mit stringenter teleologischer Zwangsläufigkeit zu einem Atomkrieg führen muss.

Die doppelte Abschreckungsstrategie Russlands

Versucht man, die nukleare Abschreckungsstrategie Russlands im Ukrainekrieg nachzuvollziehen, lässt sich ein zweigleisiger Ansatz erkennen. Einerseits zieht Russland eine klare rote Linie, was eine direkte militä-



rische Einmischung der NATO in den Konflikt angeht. Diese rote Linie wurde im Verlauf des Konflikts beflissen von Putin nachkoloriert. Bereits am ersten Tag der Invasion mahnte der russische Präsident: Wer sich in den Konflikt einmische, müsse „mit nie dagewesenen Konsequenzen rechnen“. Auf eine Bemerkung der damaligen britischen Außenministerin Truss – die vor einem möglichen zukünftigen Konflikt der NATO mit Russland warnte – folgte am 27. Februar 2022 die Versetzung der russischen Nuklearstreitkräfte in erhöhte Gefechtsbereitschaft. Auch als im Westen Präsident Selenskijs Vorschlag einer Flugverbotszone über der Ukraine diskutiert wurde, drohte Putin mit „gewaltigen und katastrophalen Folgen“. Dies wurde von westlicher Seite als Anspielung auf eine nukleare Eskalation interpretiert. Ebenso stellt die im Februar 2023 verkündete Aussetzung des „New START“ Rüstungskontrollvertrags seitens Russlands einen neuen Faktor der nuklearen Drohkulisse des Kremls dar.

Die Schwelle einer direkten Einmischung in den Krieg wurde von der NATO bisweilen nicht überschritten. Sowohl die Errichtung einer Flugverbotszone als auch andere direkte militärische Optionen der NATO konnten bisweilen von Russland abgeschreckt werden. Dies liegt sehr wahrscheinlich daran, dass das russische Narrativ einer nuklearen Eskalationsspirale mit Blick auf eine unmittelbare militärische Einmischung des Westens als glaubwürdig erachtet wird. Russland besitzt nicht die notwendigen militärischen Kapazitäten, um den NATO-Ländern in einem konventionellen Konflikt die Stirn bieten zu können. Das breite nukleare Arsenal der Russischen Föderation könnte dementsprechend ihr gewähltes

Mittel sein, um auf eine wahrgenommene existenzielle Bedrohung durch die NATO zu reagieren. Der zweite Teil der Abschreckungsstrategie Russlands sieht die Verunsicherung des Westens im Bereich der Waffenlieferungen an die Ukraine vor. Besonders hervorzuheben ist hierbei die kurz nach Kriegsbeginn geäußerte Bemerkung Putins, militärische Unterstützung im Sinne von Waffenlieferungen könne „das Risiko einer nuklearen Eskalation vergrößern“. Er konstatierte außerdem, dass „Militärhilfe eine existenzielle Bedrohung“ für Russland schaffe. Dies bedeutet, dass der Einsatz von Nuklearwaffen aus russischer Sicht durch westliche Waffenlieferungen legitimiert sein könnte. Auch annectierte Putin am 30. September 2022 im Zuge eines Scheinreferendums die ukrainischen Gebiete Cherson, Saporischschja, Luhansk und Donezk. Vor dem Hintergrund der zuvor genannten Äußerungen Putins ist eine mögliche Erklärung für diese Maßnahme, dass hier die Angst des Westens vor einem Nuklearwaffeneinsatz geschürt werden soll. Schließlich könnte ein solcher nach russischer Militärdoktrin als Reaktion auf ukrainische Gebietsgewinne in den annectierten Oblasten erfolgen. Um dieses Szenario zu verhindern, bestünde von westlicher Seite der Anreiz, die ukrainische Armee nicht weiter durch Waffenlieferungen zur Wiedereroberung dieser Gebiete zu befähigen.

Die unsichtbare nukleare Schwelle

Die russische Verunsicherungsstrategie in Bezug auf Waffenlieferungen scheint aktuell wenig erfolgreich. Seit Januar liefern NATO-Staaten, aller Abschreckungsversuche zum Trotz, mit dem Leopard 2 erstmals moderne Kampfpanzer in die Ukraine. Woran liegt es, dass Putins Kalkül augenscheinlich nicht aufgeht? Gehen wir zurück zu Kubricks „Dr. Seltsam“. Nachdem der sowjetische Botschafter dem amerikanischen Präsidenten von der Weltvernichtungsmaschine berichtet, fällt den Anwesenden im fiktiven „War Room“ schnell der Logikfehler der Waffe auf. Die Sowjetunion hatte niemandem mitgeteilt, im Besitz einer weltvernichtenden Bombe zu sein, die bei Überschreiten der Schwelle eines feindlichen Atomschlags automatisch zündet. Dementsprechend konnte ein solcher durch sie auch nicht abgeschreckt werden.

In einer ähnlichen Situation befindet sich Russland im Ukrainekrieg. Putin hat nicht klar kommuniziert, ab welchem Punkt die Grenze zum Einsatz von Nuklearwaffen für ihn überschritten ist. Es ist nicht bekannt, welche Waffengattung der Westen liefern muss, damit die Situation von Putin als existenzielle Bedrohung angesehen wird. Doch scheint die NATO nicht vor roten Linien haltzumachen, von denen sie nicht weiß, wo sie gezogen sind. Stattdessen könnte man



das Handeln des Westens als eine Art „Salamitaktik“ deuten, bei der durch schrittweise Steigerungen der Waffenlieferungen – die an sich keine nukleare Reaktion rechtfertigen – die unsichtbare nukleare Schwelle des Kremls sukzessive weiter nach hinten verschoben wird.

Das Phänomen der fehlenden Kommunikation von roten Linien zeigt sich ebenso symptomatisch an der Annexion der vier ukrainischen Oblaste. Zwar ratifizierte die russische Staatsduma die Eingliederung der Gebiete in die Russische Föderation – ließ jedoch bezeichnenderweise den Grenzverlauf völlig offen. Auch Kremlsprecher Dmitri Peskow bestätigte am 03. Oktober 2022, dass die Frage der Grenzziehung in den Regionen Saporischschja und Cherson weiterhin ungeklärt sei. Somit ist auch in diesem Fall undurchsichtig, ab welchem Punkt Russland Gebietsrückeroberungen als Verletzung seiner territorialen Integrität ansieht und Atomwaffen einsetzen könnte.

Aktuell wirkt es, als ob die Kosten eines Nuklearschlags dessen Nutzen für Russland klar überwiegen. Die Vereinigten Staaten haben angekündigt, sich möglicherweise im Fall eines Atomangriffs mit konventionellen Mitteln an dem Konflikt zu beteiligen. Dies dürfte Putins Chancen auf das Erreichen seiner Kriegsziele ungemein schmälern. Ebenso könnte die Europäische Union letztendlich ihr schärfstes ökonomisches Schwert zücken: die Abkopplung aller russischen Banken von dem Zahlungsnetzwerk SWIFT. Es ist außerdem nicht auszuschließen, dass Russland bei seinen wichtigen politischen Partnern Indien und China im Falle eines atomaren Erstschlags massiv an Rückhalt verlieren könnte. Besonders gegen einen Atomwaffeneinsatz in der Ukraine spricht überdies das offensichtliche Problem, dass ein solcher auch russisches Territorium spürbar verstrahlen dürfte. Eventuell

ließen sich einige der genannten negativen Konsequenzen einhegen, falls Putin lediglich taktische Nuklearwaffen mit geringer Sprengkraft einsetzt. Doch ist es wahrscheinlich, dass sich deren Gefechtsnutzen auch mit konventionellen Waffensystemen erzielen lässt – und zwar ohne dabei internationale Ächtung zu riskieren. Dieser Deutung folgend spricht derzeit wenig dafür, dass Putin durch einen Nuklearschlag auf neue westliche Waffenlieferungen reagieren würde.

Hat auch Putin gelernt, die Bombe zu lieben?

Diese Annahme könnte allerdings auf einer falschen Prämisse basieren. Ist Putin tatsächlich ein Akteur, welcher die beschriebene Kosten-Nutzen-Abwägung erkennt und auf dessen Basis rational handelt? Oder anders gefragt: Wie gestaltet sich wohl die Situation, wenn Putins Temperament vielmehr jenem von Kubricks fiktiven General Jack D. Ripper gleicht? Was, wenn er verblendet, fanatisch, uneinsichtig – kurzum irrational agiert?

Für eine Konfiguration, wie sie derzeit zwischen NATO und Russland in Bezug auf die westlichen Waffenlieferungen vorherrscht, hat die Spieltheorie die Bezeichnung „chicken-game“ geprägt. Ein Paradebeispiel für ein solches Chickenspiel findet sich im siebten Teil der Hollywood Saga „Fast and the Furious“. In einer Szene am Ende des Films sitzen sich Dwayne Johnson und Jason Statham in ihren Sportwagen gegenüber. Statham beginnt Gas zu geben und rast auf Johnsons Wagen zu. Auch dieser startet den Motor und nimmt seinerseits Kurs auf Statham. Das Spiel ist klar: Wer zuerst ausweicht, verliert die Mutprobe. Gibt jedoch keiner nach, sind beide tot.

Die Positionen von NATO und Russland im Ukrainekrieg sind ähnlich gefährlich. Der Westen kann im Chickenspiel nur „Kurs halten“ indem er Waffenlieferungen durchführt, muss aber darauf vertrauen, dass Russland „ausweicht“, indem es diese Waffenlieferungen nicht nuklear beantwortet. Bis hierhin konnte sich der Westen durchsetzen, indem er mehrfach demonstriert hat, dass er sich von Putins Drohungen nicht beirren lässt. Wenn Putin rational handelt, hat er keinen Anreiz dazu, seine aktuelle Position zu verändern und seine Drohungen wahrzumachen. Denn wenn beide Parteien „Kurs halten“, also westliche Waffenlieferungen einen russischen Nuklearangriff nach sich ziehen, ist dies für alle Seiten mit fatalen Kosten verbunden.

Stellen wir uns allerdings folgendes Szenario vor: Was wäre, wenn Dwayne Johnson vor Jason Stathams Augen

Gibt keiner nach,
sind beide tot

eine ganze Flasche Whisky trinken würde, bevor er sich auf die Mutprobe einlässt? In diesem Fall müsste Statham davon ausgehen, dass Johnson aufgrund seines Alkoholkonsums nicht rational handelt und dementsprechend nicht aus Angst ausweicht. Somit wäre es für Jason Statham nun klüger, selbst auszuweichen und seinen Gegner die Mutprobe gewinnen zu lassen – schließlich ist er an seinem eigenen Überleben interessiert. Demnach könnte sich Dwayne Johnson im Chickenspiel einen Vorteil verschaffen, indem er eigene Unvernunft suggeriert.

Was bei Mutproben im Sportwagen funktioniert, lässt sich auch auf die Dyade zwischen NATO und Russland übertragen. Es gilt: Je erfolgreicher Putin den Westen von seiner eigenen Irrationalität und Unberechenbarkeit in Bezug auf den Gebrauch von Atomwaffen überzeugen kann, desto wirksamer ist seine Abschreckung.

Putin der Wahnsinnige?

Die Reputation Putins als unberechenbarer Akteur – wie sie nicht zuletzt in vielen deutschen Medien gepflegt wird – trägt dazu bei, dass die diffusen Nukleardrohungen Russlands von Teilen der außenpolitischen Eliten des Westens sehr ernst genommen werden. Es lässt sich sogar feststellen, dass Putins Strategie der unsichtbaren roten Linien gerade durch sein Image als „unkalkulierbarer Autokrat“ eine (wenn auch begrenzte) Wirkung entfaltet. Geht man davon aus, dass Pu-

tins Handeln durch rationale Maßstäbe nicht vorhersehbar ist, wird jeder Vorstoß in Richtung neuer Waffenlieferungen zu einem möglichen Tritt auf eine nukleare Sprengfalle. Auch ein schlechtes Image will jedoch gepflegt werden. Durch Maßnahmen wie die Versetzung der Nuklearstreitkräfte in erhöhte Gefechtsbereitschaft, die Aussetzung des „New START“-Abkommens und vor allem durch die Nuklearrhetorik Putins und Lawrows muss dem Westen immer wieder aufs Neue bewiesen werden, dass Russland jederzeit zu allem bereit ist.

Russland benutzt den Schein der Unberechenbarkeit gezielt, um eine höchst rationale und kalkulierte Abschreckungsagenda voranzutreiben. Es bleibt abzuwarten, ob sich Putins Drohgebärden mit der Zeit abnutzen und in den Augen der NATO zusehends vernachlässigt werden. Auch ist unklar, zu welchen Maßnahmen der Kreml in diesem Fall greifen würde, um seiner nuklearen Abschreckung neue Glaubwürdigkeit zu verleihen. Seit Putins Rede zur Lage der Nation im Februar scheinen allerdings selbst Atomwaffentests nicht mehr kategorisch ausgeschlossen. In jedem Fall aber sollte dem Westen klar sein, dass die Stilisierung Putins zu einem Wahnsinnigen mit Weltvernichtungsmaschine letzten Endes nur einem in die Hände spielt: dem russischen Präsidenten selbst.



KURD:INNENFEINDLICHKEIT DURCH DIE TÜRKISCHE REGIERUNG

Dieser Beitrag nimmt vor allem Bezug auf die nachweisliche Diskriminierung von Kurd:innen durch die türkische Regierung und geht weniger auf die hochkomplexen Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen ein, da diese weniger faktenbasiert dargestellt werden können und mir somit eine Bewertung von außen nicht zusteht. Auch die spezifische Diskriminierung von Alevit:innen wird aus Platzgründen nicht thematisiert.

von Inga Kruse

Die ethnische Volksgruppe der Kurd:innen, die heute eine Bevölkerungszahl von ca. 20-25 Millionen Menschen umfasst, hatte nie einen eigenen Staat, konnte aber zur Zeit des osmanischen Reichs überwiegend friedlich leben und verfügte dort über eigene Rechte und Verwaltungsstrukturen.

Als nach dem ersten Weltkrieg das osmanische Reich durch die Alliierten, den Machtinteressen der Groß- und Kolonialmächte folgend, in unabhängige Staaten aufgeteilt wurde, bekamen Kurd:innen entgegen ihrem nationalen Selbstbestimmungswillen keinen eigenen Staat. Stattdessen wurden sie über ihr gesamtes Siedlungsgebiet hinweg je nach territorialer Aufteilung in die Staaten Iran, Irak, Syrien und Türkei, in der auch heute die meisten Kurd:innen leben und lebten, aufgeteilt. Daraufhin folgte eine Geschichte der Verfolgung und Diskriminierung unterschiedlichen Ausmaßes, wobei sie in der Türkei eine besondere Intensität annahm.

Der Slogan „Wie glücklich ist der, der sagen kann: Ich bin

ein Türke“, der bei der Gründung der Republik Türkei 1923 für eine türkisches Nationalgefühl sorgen sollte, repräsentiert die Umgangsweise mit der kurdischen Minderheit damals, sowie auch in vielen Bereichen heute. Atatürk, „Vater der Türken“, sicherte der kurdischen Bevölkerung zunächst eine gewisse Autonomie zu, der tatsächliche Status einer geschützten Minderheit wurde schließlich jedoch nur Armenier:innen, Griech:innen und Jüd:innen zugebilligt.

Nach viel geteilter türkischer Perspektive sollten Kurd:innen, die auf türkischem Staatsgebiet lebten, sich als Türk:innen identifizieren und die gleichen Regeln befolgen - dementsprechend sollten sie keine andere Sprache oder Parallelkultur haben, weshalb diese weitgehend unterdrückt und negiert wurden. Auch durften Kurd:innen lange keine eigenen Medien haben und kämpften mit wirtschaftlicher Isolation.

Daraufhin kam es zwischen 1920 und 1931 bereits zu diversen Aufständen, die immer wieder niedergeschlagen

wurden. 1987 wurde die PKK, die „Arbeiterpartei Kurdistans“, gegründet, eine linksextreme Organisation, die sich gegen die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durch den türkischen Staat und zunächst für die Gründung eines kurdischen Nationalstaats einsetzte. An ihrer Vorgehensweise ab 1984 zeigte sich bereits die Schwere des Konflikts zwischen Kurd:innen und Türk:innen - Attentate, Entführungen und Morde waren Mittel der Organisation, die zunächst von der türkischen Regierung und mittlerweile auch von der EU als Terrororganisation eingestuft wird. Nachdem 1999 ihr Anführer Abdullah Öcalan festgenommen wurde, kam es zunächst zu einem Waffenstillstand, der seit 2005 zwar nicht mehr konsequent eingehalten wird, jedoch haben sich die Angriffe in ihrer Intensität deutlich verringert. Im Vordergrund steht nun vorerst die Gleichberechtigung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und weniger die Schaffung eines kurdischen Nationalstaats.

Die türkische Regierung nahm diese Attentate zum Anlass, schwere Luftangriffe auf kurdische Stellungen zu verüben und auch im Syrien-Konflikt kommt es zu weiteren Auseinandersetzungen. Während dort kurdische Gruppen gegen den IS kämpfen, wirft die türkische Regierung diesen Gruppierungen eine Nähe zur PKK vor und unterstellt, dass die Kurd:innen die für den Kampf in Syrien beantragten Waffen tatsächlich nutzen würden, um Anschläge in der Türkei zu verüben.

Als 2015 nach Aussage der türkischen Regierung mehrere türkische Soldaten durch kurdische Kämpfer:innen getötet wurden, angeblich durch Waffen, die eigentlich für den Kampf gegen den IS gekennzeichnet waren, veranlasste die türkische Regierung weitere Angriffe auf kurdische Gebiete in der Türkei.

2005 sprach Recep Tayyip Erdoğan, damals Ministerpräsident der Türkei, erstmals von einem „Kurdenproblem“. Zuvor wurde der Konflikt, vor allem mit Blick auf die Vorgehensweise der PKK, lediglich als „Terrorproblem“ benannt. Im Zuge dessen räumte er auch erstmals Fehler des Staates im Umgang mit der kurdischen Minderheit ein. Die AKP (rechtspopulistische „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung/Entwicklung“), der auch Erdoğan angehört, schlug als „Alternatividentität“ der Kurd:innen eine Identität als Muslim:innen vor, um den kurdischen Nationalismus zu unterbinden. Dabei ist zu anmerken, dass nicht alle Kurd:innen dem Islam angehören.

Im April 2009 sprach zudem der Generalstabschef İlker Başbuğ vom „Volk der Türkei“ statt vom „türkischen Volk“, was zumindest einen gewissen Raum für andere ethnischen Gruppen lässt.

Einen bedeutenden Einfluss für die Verbesserung der Situation hatte auch die Bestrebung der AKP ab 2002, die EU-Bewerbung der Türkei zu priorisieren. Dafür wurden landesweite Schritte zur Demokratisierung und andere für die kurdische Bevölkerung vorteilhafte Reformen erlassen, wie

bspw. Sprachfreiheit. 2009 folgte auch der Sendestart des Senders TRT 6, der erstmals Programme auf kurdischer Sprache zeigte.

Türkische Kurd:innen konnten 2007 erstmals eine eigene politische Vertretung im türkischen Parlament stellen. In der Türkei wird die Parteienvertretung für Minderheiten durch eine 10%-Sperrklausel erschwert, die jedoch durch Stellung nominell unabhängiger Abgeordneter, die dieser Klausel nicht unterliegen, umgangen werden konnte. Daraufhin bestand nach der Wahl die erste kurdische Parlamentsfraktion der DTP („Partei der demokratischen Gesellschaft“). Diese wurde jedoch 2009 vom türkischen Verfassungsgericht mit der Begründung verboten, enge Verbindungen zur PKK zu haben.

Nachdem dann im Juni 2015 zum ersten mal eine kurdische Partei (HDP, Demokratische Partei der Völker) mehr als 10% der Stimmen erreichen konnte und die AKP zu einer Koalitionsregierung zwang, steht diese aktuell ebenfalls davor, 5 Jahre von der Ausübung eines gewählten Amtes ausgeschlossen oder ganz verboten zu werden; die Begründung und Anschuldigung auch von Seiten Erdogans, der AKP und MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) liegt wieder in der angeblichen Verbindung zur PKK.

Trotz der geschilderten Reformen und kleinschrittigen Verbesserungen der Situation ist die kurdische Bevölkerung in der Türkei weit von einer Gleichberechtigung entfernt. Neben den institutionell und gesetzlich festgeschriebenen Ungleichheiten sind kurdische Gebiete zudem die sozial schwächsten der Türkei und weisen eine hohe Arbeitslosigkeit mit bis zu 50% auf. Die systematische Diskriminierung ist also in vielen Bereichen messbar.

DIE VERGESSENEN

Eine Insel mit vielen Bergen und dem tiefen weiten Meer, ohne Tunnel oder Gleise, aber mit Plastikbootverkehr. Lesbos.

von Anna Doyen

Seit dem Brand im Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel im September 2020 hat der mediale Scheinwerfer die Schutzsuchenden dort weitestgehend im Dunkeln gelassen. Obwohl das Wegsehen leicht ist, gibt es Engagierte, die genau dort hinsehen und helfen, wo Hilfe dringend benötigt wird. Philippa Kempson, die das „Hope Project“ und die Feldkoordination von „Europe Cares“ mit ihrem Mann gegründet hat und die Feldkoordination von „Europe Cares“ sind zwei von Ihnen. Sie haben sich dazu bereit erklärt, die aktuelle Situation auf Lesbos aus ihrer Sicht zu beleuchten.

Der Weg nach Lesbos

Den wöchentlichen Statistiken der NGO „Aegean Boat Report“ zufolge haben sich in den ersten 6 Wochen im Jahr 2023 186 Boote mit 5.154 Menschen auf die Odyssee zu den ägäischen Inseln begeben. Lediglich 1.578 von ihnen haben es geschafft, eine der ägäischen Inseln zu erreichen.

Mehr als zwei Drittel, 127 Boote mit 3.576 Menschen von ihnen wurden gestoppt/gepushbacked. „Pushbacks“ bezeichnen das „Zurückdrücken“ von Geflüchteten an die Grenze eines Landes, ohne, dass diese die Möglichkeit bekommen, angehört zu werden und Asylanträge zu stellen. Diese Methode verstößt gegen Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie Artikel 18 und 19 der EU-Grundrechtecharta und das Non-Refoulement-Prinzip der Genfer Konvention. Dass sie im Mittelmeerraum trotzdem praktiziert werden, und dabei sehr gefährlich sind, wird bereits seit Jah-

ren von NGOs und Menschenrechtsorganisationen angeprangert. Obwohl die griechischen Behörden Vorwürfe bezüglich Pushbacks zurückweisen, wurde im Zuge von Ermittlungen des europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) nachgewiesen, dass Pushbacks stattfinden und sogar unter Beteiligung von FRONTEX, der europäischen Grenzschutzagentur, durchgeführt werden. Philippa Kempsons Erfahrung nach haben „die meisten Leute im Hope Project vier bis fünf Mal versucht, nach Lesbos zu kommen. Sie wurden immer wieder gepushbacked. Solange sichere Fluchtwege versperrt bleiben und damit fortgefahren wird, schärfere Maßnahmen zu ergreifen, um Europa in eine Festung zu verwandeln, werden Menschen auf die einzige Weise fliehen, die ihnen bleibt. Wir haben die Menschen auf die Fluchtrouten übers Meer getrieben.“ Außerdem erzählt sie, dass „letzte Woche (...) eine junge Frau an Unterkühlung in einem Wald auf Lesbos (starb), da sie sich aus Sorge vor den zahlreichen Pushbacks dort versteckt hat.“ Doch obwohl die Grenzen Europas bereits lebensgefährliche Hürden für die Schutzsuchenden bedeuten, wurden auf dem Gipfeltreffen zum Thema Migration am 9. Februar weitere Grenzkontrollen beschlossen. Schutzsuchende stehen weiterhin grenzenlosen Gefahren gegenüber.

Von Moria nach Mavrovouni

Im neuen Camp Mavrovouni, welches auch als Kara Tepe bekannt ist, beide Namen bedeuten „schwarzer Hügel“, habe sich im Vergleich zu den Zuständen in Moria, die vielfach als

slumartig beschrieben wurden, vieles verändert. Die grundsätzlichen Bedingungen seien jedoch auch völlig andere. Mit etwa tausend bis zweitausend Bewohnern leben in Mavrovouni lediglich 4-8% so viele Menschen, wie zur Hochphase in Moria. Das würde jedoch auch mit sich bringen, dass dort seitdem weniger NGOs am Werk seien und die mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit drastisch nachgelassen habe. Viele der Menschen lebten nun in Isoboxen oder Containern statt in Zelten. Insgesamt seien die Camps sicherer geworden, schildert die Feldkoordinatorin von Europe Cares, doch dies gehe mit dem Preis von Überwachung und Kontrolle einher. Sie berichtet weiter, dass die griechische Regierung mittlerweile mehr Verantwortung trage, welche zuvor an NGOs abgegeben worden sei. Philippa merkt allerdings an,

liche Schlauchbootfahrt, aber wenn sie hier ankommen, zerbricht Europa sie, sodass sie nicht mehr funktionieren. Wenn man Umstände schafft, die dazu führen, seinen Antrieb, sein Menschsein und seine Würde zu verlieren, schafft man für die nächsten Jahrzehnte Abhängigkeiten. Viele der Menschen werden endlose psychologische und finanzielle Hilfe brauchen, obwohl das nie so hätte sein müssen - Wir hatten Ingenieur:innen, Anwält:innen, Zahnärzt:innen, Restaurantbetreiber:innen - Leute mit Fähigkeiten, und alles, was sie wollten, war irgendwo in Sicherheit zu leben, bis sie wieder in ihre Heimat gehen können. Denn das wollen die meisten, es ist im Moment nur unmöglich“, sagt Philippa Kempson.

Das Leben im Camp ist das retardierende Moment des griechischen Dramas. Es bleibt nur zu hoffen, dass diese Tragödie schnellstmöglich aufgelöst wird.

Europe Cares & Paréa

„Man verliert den Glauben daran, dass die großen Institutionen sich ändern können und die Lage sich verbessert, aber es gibt viele gute Beispiele von Menschen, die sich ändern oder etwas verändern wollen“, umreißt die Feldkoordinatorin vom Projekt Europe Cares, dessen Name als Inspiration verstanden werden soll. Europe Cares ist eine Dachorganisation, die das Community Center Paréa in 1,5 Kilometern Entfernung vom Camp Mavrovouni betreibt. Dort sind 10 Partnerhilfsorganisationen ansäs-

sig, die ein breites Spektrum an Angeboten zur Verfügung stellen. „Ziel ist es, eine andere Atmosphäre als im Camp zu schaffen. Einen offenen Raum, in dem jeder willkommen ist, viele Farben, im Gegensatz zu weißen Containern und Zelten im Camp, eine saubere Umgebung, einen Safe Space mit Security und für Angebote zur Zerstreung zu sorgen.“

Sie hebt die Bedeutung des Selbstkochens zur Gemeinschaftsbildung hervor. Dies sei ein Zeichen der Unabhängigkeit, biete Kontakt mit der jeweiligen Kultur des Herkunftslandes. Zudem habe Brot eine vereinigende Wirkung. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Lebensmittel. Auch



dass das ausgegebene Essen nährstoffarm sei, und die drei Tagesportionen gleichzeitig ausgegeben würden. Kalt. Wer die Ausgabe verpasse, müsse hungern. Ein weiterer Frustrationsgrund: Die Obst-Rationen seien seit Mitte Februar gestrichen.

Viele Menschen stellen sich Europa als ein Paradies vor, bis sie in den sauren Apfel der Realität beißen müssen.

„Die Menschen, die hier ankommen, haben viel durchgemacht – Krieg, ihr Zuhause verlassen müssen, die schreck-

erzählt sie, dass ein Mann dort täglich hingekommen sei, nur um in der Hängematte einige Stunden ein Nickerchen zu halten. Paréa klingt nach einem Ort der Erholung und das, obwohl so viele Menschen dort hinkommen - etwa 400 bis 500 täglich in den letzten Wochen.

The Hope Project

„Man muss den Leuten Hoffnung geben, man muss ihnen Kraft geben, um weiterzumachen“ Das Hope Project ist ein kleines Projekt, die Atmosphäre dort beschreibt Philippa als familiär. Auch wenn viele der Geflüchteten mittlerweile über Europa verteilt leben, bestünde der Kontakt zu und unter ihnen weiterhin. Es geht bei dem Projekt darum, Menschen zu empowern. Um Würde und darum, den Geflüchteten wieder das Gefühl zu geben, menschlich zu sein. An griechische Tradition angelehnt sind im Hope Project Säulen statt Pyramiden das Mittel der Wahl: physiologische Bedürfnisse sowie das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung tragen die Hoffnung.

In einem Verteilungszentrum werden Hilfsgüter, wie zum Beispiel Kleidung ausgegeben: Pro Stunde werden etwa 8

Viele Menschen stellen sich Europa als ein Paradies vor, bis sie in den sauren Apfel der Realität beißen müssen.

Menschen mit dem versorgt, was sie brauchen, solange es verfügbar ist - gespendet werde jedoch hauptsächlich Kleidung für Kinder. Erwachsene hingegen würden das Verteilungslager zu häufig ohne Schuhe oder Jacke verlassen. Das Hope Project ist trotz seiner Größe eines der Hauptversorgungszentren auf Lesbos. Aufgrund der vielen Neuankünfte in den letzten Wochen trage diese Säule zurzeit besondere statische Belastung.

Die zweite Säule des Projekts hält die Wieder-Menschwerdung hoch. „Die Geflüchteten wurden durch die Medien entmenschlicht und die wenigsten hören noch darauf, was sie zu sagen haben. Kunst ist ein Weg, sich auf eine subtilere Art Gehör zu verschaffen.“ Im Kunstcenter des Projekts werden Möglichkeiten zur Entfaltung geboten, Kunstschaffen ist hier das Ausleben der verbliebenen Freiheit.

Geplante Dystopie

„You’re assuming that they are people“ stellt Philippa fest, nachdem sie gefragt wird, ob es denn legal sei, dass ein sich gerade im Bau befindliches Camp ausgerechnet mitten im Wald und in der Nähe einer Müllverbrennungsanlage errichtet werde. Die Verbrennungsanlage sei damals nur dort platziert worden, um möglichst weit von bewohnten Gebieten entfernt zu sein. Gesundheitsschutz. Jetzt sollen Geflüchtete daneben wohnen. Auch die Feldkoordiniatorin erzählt davon - beide hoffen, dass sich die Eröffnung sehr lange hinauszögert. Der Standort mache es ohne Infrastruktur nahezu unmöglich, am Leben auf der Insel teilzunehmen oder die bestehenden Örtlichkeiten der NGOs aufzusuchen. „Wenn man Menschen isolieren und verstecken möchte, ist ein Wald optimal. Als würde man sein dunkles Geheimnis verbergen.“ so Philippa. Über das Lager ist wenig bekannt, aber man weiß, dass es ein Closed Controlled Access Center (CCAC) werden wird. Im September 2021 hat ein solches Camp bereits auf Samos eröffnet, die TAZ berichtete damals darüber, dass sogar auf die Betten der Menschen Kameras gerichtet seien. Überwachen und Schlafen. Ein modernes Panopticon.

Vor Krieg geflohene Menschen werden nicht nur nicht geschützt, ihr Weg in vermeintliche Sicherheit wird mit weiteren Mienen gepflastert. Erst einmal auf dem europäischen Boden der Tatsachen angekommen bewahrt einen das physische Überleben jedoch nicht vor dem inneren Tod. Europäische Werte wirken vor diesem Hintergrund wie ein Euphemismus.

Hinzusehen und sich der Desillusionierung hinzugeben ist schmerzhaft, jedoch ist es auch eine Chance zur Wiederbelebung der herzlosen Welt. Die Frage nach dem guten Leben muss unabhängig vom Los des Herkunftslandes gestellt werden, wir alle tragen Verantwortung dafür, dass sie es auch wird.

Vorschlag-Hämmer zum Einreißen der illusorischen Fassade

Auch wenn Lesbos nicht mehr im medialen Scheinwerferlicht erstrahlt, ist im letzten Jahr die achteilige Podcastreihe „Memento Moria - Was heute an Europas Grenzen passiert“ von Sham Jaff und Franziska Grillmeier erschienen, die umfangreich über Hintergründe und die Situation im ägäischen Raum berichtet; und in Köln wird aktuell das Stück „Exil - eine europäische Erzählung“ von Nuran David Calis aufgeführt, das sowohl die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine wie auch aus anderen Kriegsgebieten thematisiert. Viele NGOs sind darüber hinaus in den sozialen Medien aktiv und bieten Einblicke in ihre Arbeit.



IM FOKUS: IRAN



IRANS MACHTSTRUKTUREN

von Alessandra Fahl

Mit der Islamischen Revolution 1979 wurde der Shah Mohammad Reza Pahlavi abgesetzt, der im Iran mit der Unterstützung der USA autoritär herrschte. Somit wurde das Ende der Monarchie herbeigeführt. Das Verlangen nach Freiheit und Gleichberechtigung war auch in dieser Revolution gegenwärtig. Allerdings kam durch Ajatollah Ruhollah Khomeini ein Revolutionsführer an die Macht, der mit seinem Staatskonzept der Geistlichkeit die Hoffnung auf Freiheit in weiten Teilen der Bevölkerung schnell wieder enttäuschte. Er war Symbolfigur der Revolution und setzte sich mit seinem Konzept gegen andere Gruppen durch. Im Sinne seiner konservativen Auslegung des Islam benutzte er die eigenen Vorstellungen als konkretes Druckmittel für die Durchsetzung des Regimes. Das politische System der Islamischen Republik beinhaltet seitdem sowohl republikanisch-demokratische als auch theokratisch-autoritäre Elemente. Allerdings haben die in Theorie demokratischen Elemente in der Praxis durch

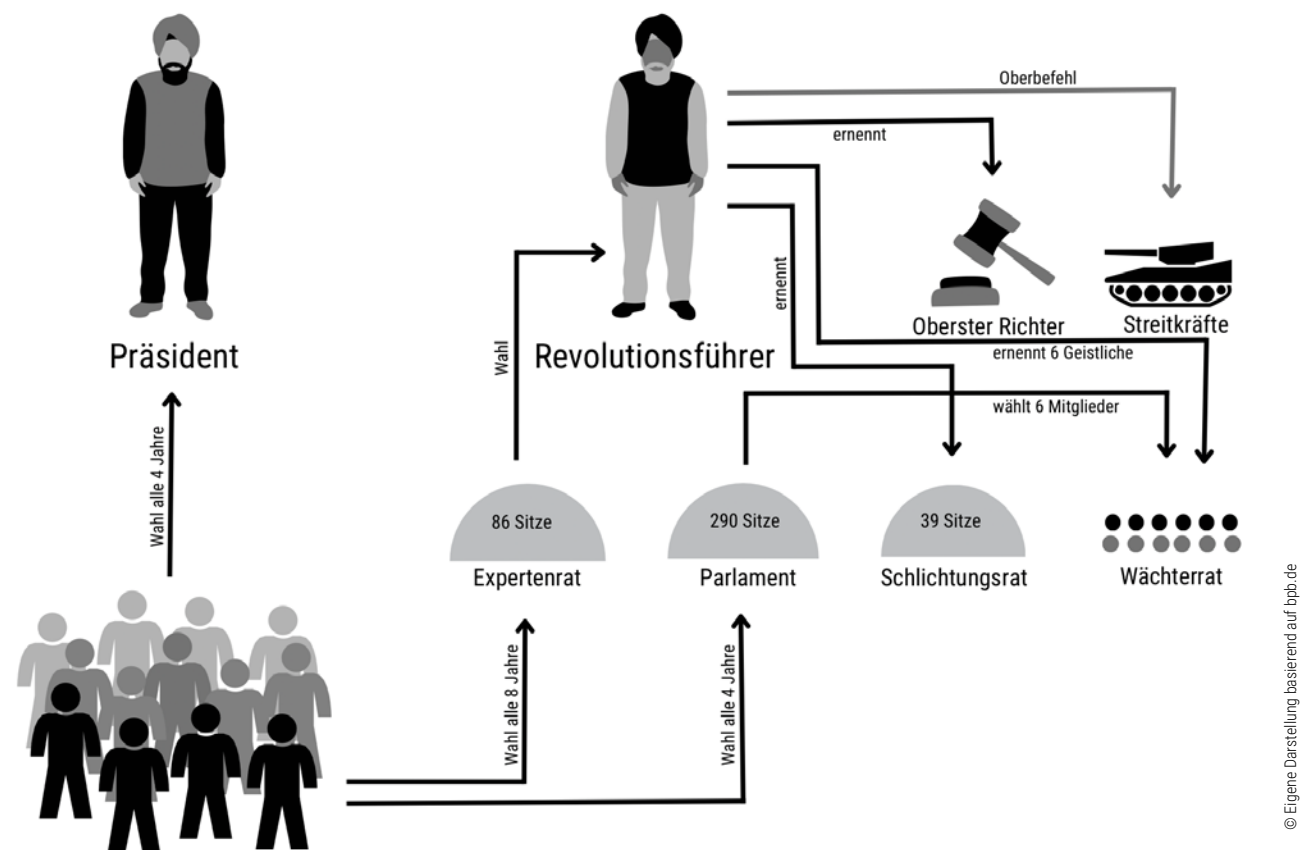
die von Khomeini durchgesetzter Verfassung keinen Erfolg. Republikanische Institutionen beschreiben das Amt des Präsidenten und das gesetzgebende Parlament. Der Präsident ist offiziell der Regierungschef, das Parlament die gesetzgebende Institution, wobei Gesetze mit dem Islamischen Recht vereinbar sein müssen und vom Wächterrat überprüft werden. Beide werden alle vier Jahre vom Volk gewählt, zu den Wahlen werden allerdings nur systemloyale Kandidaten zugelassen (dies sind ca. 56 Millionen von 90 Millionen Iranern). Deren Systemloyalität misst sich vor allem an dem Kriterium der Akzeptanz der Rechtsgelehrtenherrschaft, dem Kernkonzept der Verfassung. Darauf aufbauend schuf Ajatollah Ruhollah Khomeini 1979 ein auf ihn zugeschnittenes Amt, das über allen gewählten Organen steht und somit die republikanischen Verfassungselemente des Präsidenten und Parlaments neutralisiert. An der Spitze des Staats steht der oberste religiöse Führer der Schiiten, auch Revolutionsführer



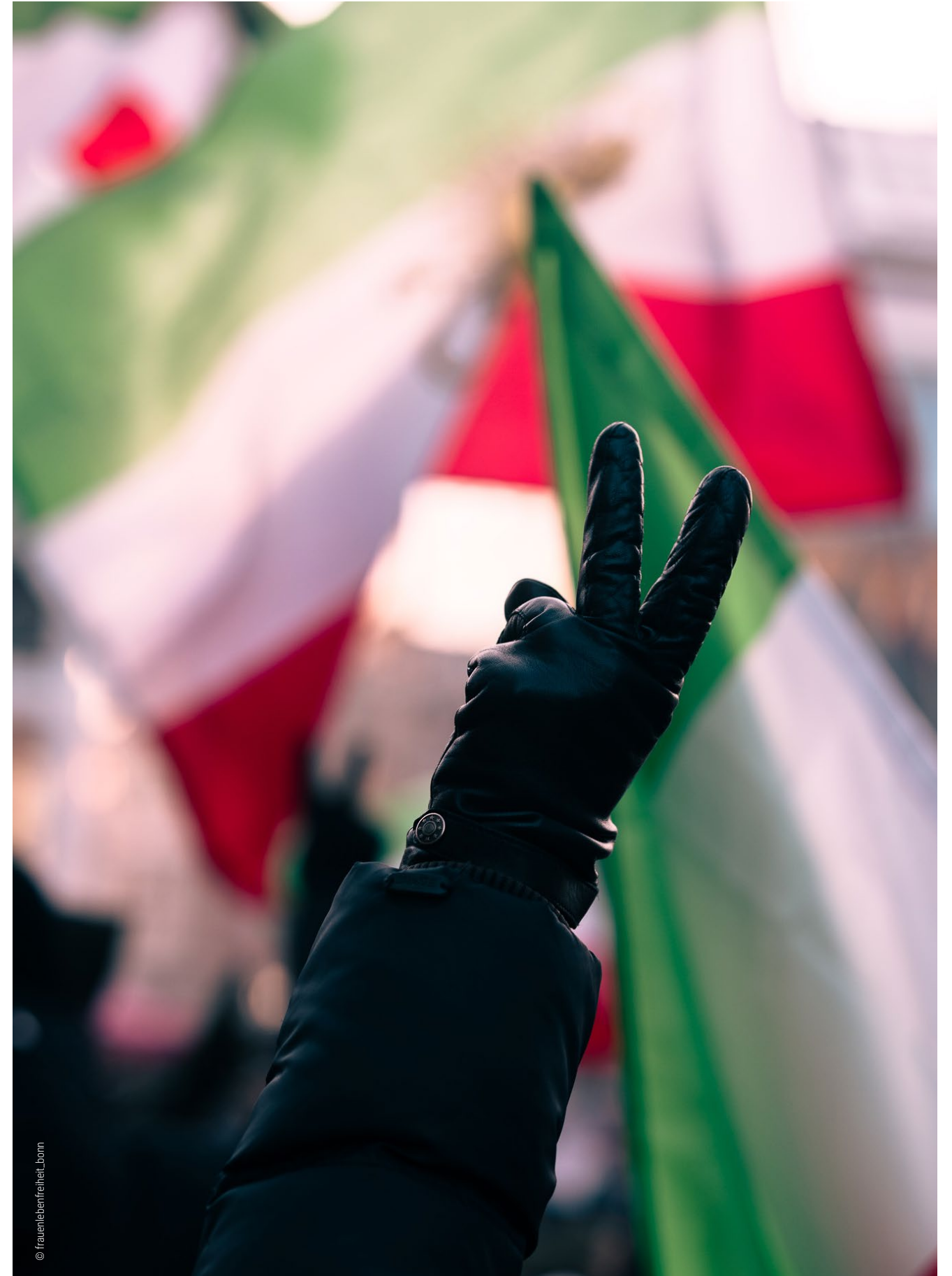
oder Rahbar genannt. Er ist Staatsoberhaupt und herrschender Rechtsgelehrter. Auf ihn konzentriert sich eine enorme Machtfülle. Er kontrolliert die Streitkräfte, das Justizzentrum und ist die entscheidende Instanz beim Festsetzen der Leitlinien der Innen- und Außenpolitik. Auch die paramilitärischen Milizen, darunter die besonders mächtige Revolutionsgarde,

die als „verlängerter Arm des Revolutionsführers“ gilt, stehen unter seiner Kontrolle. Ein Expertenrat, ausschließlich aus Geistlichen bestehend, hat die Aufgabe, den obersten Religionsführer zu wählen und seine Arbeit (theoretisch) zu kontrollieren. Der Expertenrat wird zwar formell vom Volk gewählt, allerdings bestimmt der Wächterrat, wer kandidieren darf. Dieser besteht aus 12 Mitgliedern, sechs Geistliche und sechs Juristen. Die Geistlichen werden vom Revolutionsführer selbst bestimmt, die Juristen vom Parlament. Dabei dürfen aber nur die vom obersten Richter vorgeschlagenen und genehmigten Personen ausgewählt werden. Der oberste Richter wird ebenfalls vom Führer selbst ernannt. Somit ergibt sich eine Art Kreislauf, der wenig wirksame demokratische Kontrolle der obersten Geistlichen zulässt.

Khomeini starb am 03. Juni 1989, sein Nachfolger wurde schnell gefunden. Am 05. Juni wurde der bis dahin regierende Präsident Ajatollah Ali Khomeini von Expertenrat zum neuen Revolutionsführer gewählt. Dieser übernahm die Führung eines politischen Systems, dass trotz semirepublikanischer Elemente der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auch als religiöse Diktatur bezeichnet werden kann.



© Eigene Darstellung basierend auf bpb.de



© frauenlebenfreiheit_bonn



ZAN. ZENDEGI. AZADI

Iran heute. Kaum einer findet dazu passendere Worte als Hannah Arendt: „Dem menschlichen Handeln ist es eigentümlich Prozesse loszulassen, die einen neuen Anfang setzen [...]. Das Wunder der Freiheit liegt im 'Anfangen-Können' beschlossen, das wiederum darin beschlossen ist, dass jeder Mensch, sofern er durch Geburt in die Welt gekommen ist, selbst ein neuer Anfang ist.“

Text: Alessandra Fahl

Fotos: Farah Ashour & frauenlebenfreiheit_bonn

Seit dem Tod der 22-Jährigen kurdischen Iranerin Jina Mahsa Amini am 16.09.2022 werden die Stimmen im Iran und auf der ganzen Welt immer lauter. Offiziellen Berichten nach starb sie an einem Herzinfarkt, nachdem sie drei Tage zuvor von der iranischen Sittenpolizei aufgrund eines angeblichen Verstoßes gegen die islamische Kleiderordnung festgenommen und gefoltert wurde.

Seit mehreren Monaten gehen nun die Menschen im Iran auf die Straße und demonstrieren gegen die theokratische Regierung, vor allem gegen ihre Unterstützer, die Mullahs, die Revolutionsgarde „Pasdaran“ und die von ihnen diktierten Lebensbedingungen. Sie setzen sich insbesondere für Freiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter ein und wollen die Absetzung des Regimes.

Laut den Schätzungen verschiedener Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und die Hu-

man Rights Activists News Agency, wurden dabei bisher ca. 30.000 Menschen verhaftet und rund 700 Menschen direkt getötet oder nach Inhaftierung hingerichtet. Das Islamische Regime hat in den letzten Jahren immer wieder starke Protestbewegungen erleben müssen. Diese wurden vor allem von Frauen, Jugendlichen und Studierenden initiiert. Bisher ging die Regierung gegen die Proteste mit massiver Gewaltanwendung vor. Somit wurden große Teile der Bevölkerung immer wieder zum Schweigen gebracht und das Regime mit geschickter Propaganda gestärkt. Doch das scheint nun Vergangenheit. Viele Protestierende wollen sich nicht mehr mundtot machen lassen. Sie haben sich ihre Stimme erkämpft und werden erstmals seit 44 Jahren gehört. Durch beeindruckende Willenskraft, Mut und unermüdliche Ausdauer haben sie erreicht, dass die internationale Gemeinschaft nun nicht mehr die Augen verschließen kann.

Einen neuen Anfang setzen, Prozesse lostreten, die Initiative ergreifen.

Im Gespräch mit Homayoun, Aktivist und Verantwortlicher für die Protestbewegung „frauenlebenfreiheit_bonn“, gewährt er uns einen Einblick in die Entwicklungen der Protestbewegung seit dem Tod von Jina Mahsa Amini. Er ordnet die aktuelle Situation im Iran für uns ein, berichtet von bewegenden Momenten des Protests, stellt seine Forderungen an die deutsche Regierung sowie internationale Gemeinschaft vor und richtet sich in einem Appell an die Mehrheitsgesellschaft. (Interview vom 13.02.22)

Am Samstag, den 11.02.22, wart ihr alle gemeinsam in Paris, um dort für die Freiheit im Iran zu kämpfen. Wie habt ihr dort die Stimmung aufgenommen?

Wir sind mit 65 Personen aus Bonn nach Paris gereist. Es war sehr bunt, verschiedenste Ethnien waren mit dabei, repräsentativ für den Vielvölkerstaat Iran. Alle waren motiviert, vor Ort war es ähnlich. Wir haben verschiedene Plakate mitgebracht mit unseren klaren politischen Forderungen. Es waren verschiedene Politiker:innen vor Ort, die die Revolution im Iran mit Beiträgen auf französisch unterstützen. Es waren auch Journalist:innen, Künstler:innen und Familienangehörige von Personen dabei, die im Iran durch das Regime hingerichtet wurden. Das war sehr bewegend. Von Trauer bis Euphorie waren alle Emotionen dabei, die Haut kribbelte immer wieder. Die iranische Community war sehr zerstritten und das Tref-



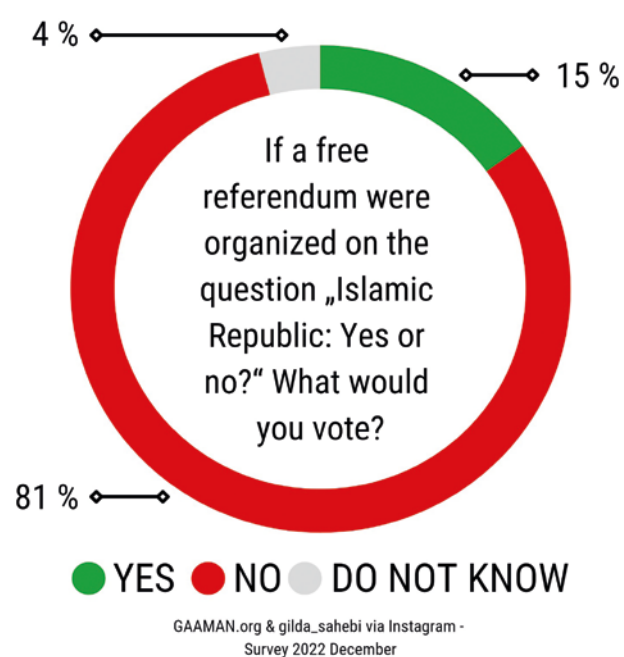
Foto: Homayoun, frauenlebenfreiheit_bonn

fen in Paris war ein erster Schritt in Richtung Einheit, was an sich neben den politischen Forderungen, die wir haben, am wichtigsten ist.

Was muss deiner Meinung nach konkret geändert werden, damit den Frauen im Iran mehr Freiheiten zugestanden werden? Wie kann ein Umdenken erreicht werden?

Ganz konkret: Die Islamische Republik muss abgeschafft werden. Diese Staatsform ist nicht haltbar, sie war die ganze Zeit nicht haltbar. Sie haben sie in die letzten Jahrzehnten mit extremer Gewalt umgesetzt. Das Regime tötet seit dem ersten Tag. Das ist nicht erst seit Jina Mahsa Amini so. Sie haben Menschen verfolgt. Die Islamische Republik besteht aus zwei Säulen: Die erste beschreibt ganz klar die Unterdrückung des Geschlechts bzw. auch der Geschlechter, wenn wir an LGBTQ denken. Die andere Säule ist aus ihrer Sicht die Vernichtung Israels bzw. ganz generell aller Feinde des Islams. Jeder Mensch, der diese Säulen in Frage stellt, ist gleichzeitig ein „Feind Gottes“, so argumentieren sie. Sie behaupten, es ist ein Krieg gegen Gott den man führt. Und genau diese Säulen wackeln gerade. Wir müssen dafür sorgen, dass ein kritischer Teil der letzten 15% der Regimeunterstützer im Iran zum Umdenken gebracht werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen durch Bildung und Aufklärung von dieser Indoktrination wegkommen. Über 81% sprechen sich gegen die Islamische Republik aus, 15% unterstützen weiterhin das Regime, 4% geben an, sie wissen es nicht.

Das Regime selbst ist sein größter Gegner. Sie haben dafür gesorgt, dass so viele Menschen deren Absetzung wollen. Die Säulen müssen fallen. Die Unterdrückung der Ge-



schlechter muss aufhören und es muss möglich sein, dass eben nicht jeder ein Feind Gottes und des Islam ist, wenn er bestimmte Punkte in Frage stellt.

Siehst du den Ursprung für den Konflikt an sich in der Religion des Islam begründet? Muss der Islam reformiert und modernisiert werden?

Es muss einfach die Frage gestellt werden, ob es richtig ist, was das Regime sagt. Warum führt eine Frau Krieg gegen Gott, wenn sie ihr Kopftuch nicht trägt? Warum führe ich Krieg gegen Gott, wenn ich mit euch gerade dieses Interview führe? Wenn ich jetzt nicht die stärkste Gehirnwäsche aller Zeiten bekommen habe, muss ich darauf eine Antwort haben, die eben sagt, dass es kein Krieg gegen Gott ist. Ich komme aus einer muslimischen Familie, mein Vater betet fünf Mal am Tag. Ich kann ihm genau diese Fragen stellen und er antwortet: „du hast Recht, es ist kein Krieg gegen Gott“. Es ist insofern nicht der Islam als solcher, sondern das Regime ist der größte Feind des Islam. Sie haben alles dafür getan, dass viele Menschen den Islam sogar hassen. Sie nennen sich Islamische Republik, aber im Iran besteht die größte Dichte an Menschen, die säkular sind, die unreligiös eingestellt sind, weil das Regime stark dazu beigetragen hat, dass Menschen Religion leider völlig ablehnen. Das hat mit der friedlichen Ausübung des Islam nichts mehr zu tun.

Würdest du somit sagen, dass es hauptsächlich um die Trennung von Regierung und Religion geht?

Exakt darum geht es. Seit über 5 Monaten gehen jeden Freitag tausende Menschen zum Beispiel in Zahdan (Südostiran) zum Freitagsgebet auf die Straße. Sie gehen in Märschen zur Moschee und rufen dabei: „Nieder der Islamischen Republik, Tod dem Diktator, Tod Khamenei, Tod der Revolutionsgarden“. Das sind alles gläubige Muslime. Mehr an Power geht gar nicht mehr. Ich vermisse gerade auf der ganzen Welt, dass sich mehr Muslime daran ein Beispiel nehmen. Durch Zurückhaltung, nicht offen in den Diskurs zu gehen, verlieren die Muslime nur noch mehr an Unterstützung für eine friedliche Religion und ein friedliches Miteinander. Durch Zurückhaltung nimmt man hin, dass Frauen vergewaltigt oder getötet werden, weil sie kein Kopftuch tragen wollen.

Deiner Meinung nach müssen demnach viel mehr Regime-Kritiker international auf die Straße gehen und ihre Solidarität bekunden, gerade in Ländern, wo es um einiges sicherer ist zu protestieren als vor Ort im Iran. Charlotte Wiedemann,

eine deutsche Journalistin und Sachbuchautorin, spricht in ihrem Buch „Der neue Iran - Eine Gesellschaft tritt aus dem Schatten“ davon, die „Iraner würden das Leiden verehren wenn es dem Kampf gegen Unrecht geschuldet ist“. Erklärt dies, warum sie trotz all den Gefahren nicht aufhören für die Freiheit zu kämpfen?

Auch das ist selbstgemacht von der Islamischen Republik. Durch das versuchte Indoktrinieren haben sie erreicht, dass bei der Mehrheit der Menschen eine unglaubliche Willenskraft geschaffen wurde. Ich bin ja auch bis zur 5. Schulklasse im Iran gewesen. Uns wurde die Fähigkeit vermittelt, ein sehr großes Gerechtigkeitsbewusstsein zu haben. Wir hinterfragen immer was schlecht und ungerecht ist, während das Regime selbst Ungerechtigkeit verbreitet und sich dadurch selbst Schaden zugefügt hat. Jahrzehnte lang hatten die Menschen aber Angst, dass sie, wenn sie etwas sagen, direkt abgeholt werden und nicht mehr zurück kommen. Es gab immer wieder Aktivisti die es versucht haben. Sie wurden direkt verhaftet, gefoltert oder ermordet und das hat Angstgenerationen entstehen lassen. Ich selbst bin auch Teil dieser Angstgeneration. Wenn man morgens auf dem Schulhof die Nationalhymne nicht mitgesungen hat, die jeden Morgen zum Frühsport gespielt wurde, gehört man zu einem der wenigen die sich das trauten. Jetzt besteht eine andere viel mutigere Generation. Die Mädchen in den Schulen stellen sich hin und reißen ihre Kopftücher vom Kopf, zerreißen Bilder des geistlichen Führers, Diktators und Gründers des Regimes, Khomeini, und seinem Nachfolger Khamenei; machen daraus Konfetti, schmeißen es in die Luft und singen dabei „Frauen Leben Freiheit“. Von den Kindern der Angstgeneration, zu der auch ich gehöre, entwickelt es sich zu den mutigen Kindern, die diesen Umbruch jetzt angestoßen haben.

Wie empfindet ihr als „frauenlebenfreiheit_bonn“ die Entwicklung der Proteste seit der ersten Demonstration im September 2022? Welche Emotionen könnt ihr wahrnehmen?

Mit den Gewalttaten und dem Tod von Jina Mahsa Amini, bei dem wir eindeutig von ihrer Ermordung ausgehen, ist das Feuer von heute auf morgen aus dem Nichts entfacht. Am folgenden Samstag, den 17.09.22, gab es die ersten Demonstrationen. Die Demos waren noch sehr klein, vor allem in den größten Städten Köln, Hamburg, Berlin. Wir aus Bonn sind anfangs auch erstmal zu den Demos nach Köln gegangen, haben dann aber schnell gemerkt, dass wir nicht länger warten können und es selbst in die Hand genommen. Am darauffolgenden Mittwoch haben wir die erste Aktion auf dem



Platz der Vereinten Nationen vor der United Nations Zentrale mit Kunstblut gestartet. Das Gleiche dann auch in der Bonner Innenstadt. Dadurch haben wir mehrere Exil-Iraner:innen kennen gelernt. Montags dann die erste große Demonstration mit 500 Menschen in Bonn, woran auch die Oberbürgermeisterin Katja Dörner teilgenommen hat.

Demokratie wird einem nicht geschenkt, wir müssen sie uns erkämpfen, in den Dialog gehen.

Das Tempo bestimmte in den ersten vier Monaten unser Leben. Bis zu den Weihnachtsferien haben wir fast wöchentlich zwei bis drei Demonstrationen organisiert, das hat uns sehr viel Kraft gekostet neben unseren sonstigen Verpflichtungen (Arbeit, Studium, Schule). Die aktuelle Lage aus dem Iran und die Politik in Deutschland verfolgen, ein klares Programm überlegen, nicht nur in Bonn sondern städteübergreifend, deutschlandweit. Das ist der nächste Schritt. Organisation und connecting untereinander. Es gibt mittlerweile deutschlandweit in fast jeder Großstadt Protest-Gruppen, die sich erst einmal vernetzen und verbinden müssen. Es müssen auch Kompromisse gefunden werden, um eine gemeinsame Richtung einzuschlagen. Das gehört aber auch zu einer Demokratie dazu. Demokratie wird einem nicht geschenkt, wir müssen sie uns erkämpfen, in den Dialog gehen.

Was hat dich persönlich motiviert für die Freiheit im Iran zu kämpfen?

Viele von uns sind in den letzten Jahren nicht aktiv gewesen. Es gab einige wenige, die aktiv waren, die immer wieder Aktionen gemacht haben. Ich habe zum Beispiel auch immer wieder Texte geschrieben und in Social Media verbreitet. In meinem Umfeld kannte ich aber leider niemanden der Aktivismus machen wollte. Zwar sehe ich meine Familie im Iran nicht, aber das nehme ich in Kauf, weil ich nicht dabei zu sehen kann, wie die Menschen dort verhaftet und verfolgt werden. Für mich war von Anfang an klar, dass ich nie wieder in den Iran gehen kann, bis der Iran vom Regime befreit ist und darin habe ich auch gleichzeitig meine Aufgabe gesehen. Ich komme damit zurecht, aber viele Leute haben emotional

die schlimmste Zeit ihres Lebens. Eigentlich brauchen fast 99% der Iran Community professionelle psychologische Betreuung.

Das kann ich mir gut vorstellen. Das sind traumatische Zeiten. Wie kann man mit dieser enormen psychischen Belastung umgehen?

Ich sehe mich auch in der Verantwortung dieses Problem bewusst zu platzieren. Wir haben mit einer Vereinigung für iranische Ärzt:innen - „Parsimed“ - dieses Problem angesprochen und eventuell wird hier künftig eine Hilfestellung zur Lösung dieses Problems angeboten. Denn alle wollen den Sturz des Regimes, aber es wird noch viel Kraft kosten und einige Zeit andauern, bis das Regime abgesetzt ist. Es gehört sehr viel Reflexionsfähigkeit dazu und man muss versuchen, immer an das Gute zu denken. Ich bin auch keine Maschine, auch mir kommen die Tränen. Als jetzt am Wochenende Shervin Hajipour für seinen aus Twitter-Nachrichten zusammengeschnittenen Song „Baraye“, der als „Song des Protests“ bekannt geworden ist, einen Grammy bekommen hat in der Kategorie „Social Change“, sind auch mir die Tränen gekommen. Da ist einfach eine riesige Last von mir gefallen. Die ganze Welt hat uns nach 44 Jahren endlich gesehen. Das ist ein riesiger Meilenstein. Die Menschen brauchen genau diese Zeichen und Orientierung.

Was fordert ihr von der deutschen Regierung und internationalen Gemeinschaft, um eine Reform im Iran durchzusetzen?

Wir verlangen, dass Deutschland und Europa das Regime fallen lassen. Die Menschen im Iran haben die Bilder geliefert, die wir gebraucht haben, um Druck aufzubauen. Das Regime soll in ein paar Schritten fallen gelassen werden. Erstens verlangen wir, die Verhandlungen und die Kooperationen mit dem Regime zu beenden, vor allem den sogenannten Atom-Deal. Mit Terroristen kann man keine Deals abschließen, sie werden sich daran sowieso nicht halten. Zweitens sollen die Geschäfte mit dem Regime beendet werden. Deutschland ist seit über 40 Jahren der größte westliche Handelspartner des Regimes. Drittens wollen wir, dass die Revolutionsgarden des Regimes (Pasdaran) auf die EU-Terrorliste gesetzt werden und als Terror-Organisation geführt werden. Wir wollen, dass die Bundesregierung, die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft das Ding beim Namen nennt. Sie sollen ganz klar sagen: „Es ist ein Terror-Regime“. Sie verbreiten im Iran, im gesamten Nahen Osten und sogar in

Europa Terror. Viertens sollen die Botschaften und Vertretungen des Regimes vom europäischen Boden verbannt werden. Iranerinnen und Iraner lieben Kommunikation, versteht mich nicht falsch, aber das setzt voraus, dass wir über ein gewisses Maß an Ehrlichkeit und Vertrauen verfügen. Man kann mit Terroristen keine diplomatischen Beziehungen führen. Eine Botschaft steht für Diplomatie und da keine Diplomatie möglich ist, sagen wir: Bitte schließt auch die Botschaften und Vertretungen des Regimes. Weist deren Diplomaten aus. Sie beschatten uns überall. Wir können nicht in unserer neuen Heimat leben ohne den Tod zu fürchten, wie es auch den Bonner Iraner, Fereydu Farrokhzad, in den 90er Jahren getroffen hat, der in seiner Wohnung am Brüser Berg massakriert wurde. Wir sind uns sicher: wenn diese Schritte von der Regierung umgesetzt werden, ist der Rest ein Selbstläufer. Deutschland und die Europäische Union können sich jetzt entscheiden, ob sie auf der Seite der Menschen stehen oder nach wie vor die ignorante Einstellung annehmen, die sie die letzten 44 Jahre innehielten.

Kann man deiner Meinung nach das, was gerade im Iran passiert, mit der Islamische Revolution 1979, wo der Shah Mohammad Reza Pahlavi abgesetzt und das Ende der Monarchie herbeigeführt wurde, vergleichen?

Die gesellschaftliche Struktur war seinerzeit völlig anders. Es gab sehr viele Menschen, die nicht lesen und schreiben konnten. Die Menschen haben damals gegen den Shah und gegen den Westen gekämpft. Iran ist mittlerweile eine hoch gebildete Nation, klar einige sind immer noch nicht ganz so gebildet. Aber die Menschen kämpfen jetzt alle zusammen: von der unteren Schicht bis zur mittleren hin zur oberen Schicht, alle Ethnien übergreifend, als Vielvölkerstaat. Das heißt, wir haben offenbar erstmalig eine weitgehende Einheit im Land. Das unterscheidet es von damals, als die Proteste insbesondere in wenigen Großstädten stattgefunden haben. Aktuell finden sie landesweit, sogar in den religiösen Hochburgen statt. Das Regime versucht durchgehend die Leute auseinander zu bringen, damit sie bloß keine Einheit werden, aber das funktioniert nicht mehr. Das Bewusstsein heute ist ganz anders. Was macht das Neue noch aus? Der Mut und die Willenskraft, den die Menschen gemeinsam haben. Das gab es zwar früher auch, aber sie sind noch viel mutiger geworden, vor allem die Frauen. Die Frauen sind ja quasi die Führerinnen dieser Bewegung und das gab es noch nie.

Im Moment ist von Freilassungen die Rede. Wie schätzt du das ein? Ist das ein Versuch des Regimes zu besänftigen,

die Revolution aufzuhalten?

Hochrangige Personen des Regimes haben in geleakten Papieren anerkannt, den medialen Kampf im Ausland verloren zu haben, weil die Menschen auf der Welt nun endlich sehen konnten was im Iran wirklich passiert und die internationale Politik die Situation nicht mehr herunterspielen kann. Das heißt das Regime muss jetzt viel Öffentlichkeitsarbeit machen und sich von ihrer guten Seite zeigen. Der Punkt ist: wir Iraner*innen kennen das Spiel. Das ist ja nicht erst seit gestern so. Das Regime hat jedes Jahr, insbesondere am 11.02 zum Jahrestag der Gründung der Islamischen Republik, hunderte Gefangene aus den Gefängnissen entlassen. Sie verhaften die Menschen, halten sie gefangen und foltern sie, um sie dann später freizulassen. Damit machen sie dann Publicity. Das passiert seit Jahrzehnten. Wenn ihr mal im Internet nach „Iran lässt Gefangene frei“ recherchiert, werdet ihr in jedem Jahr Berichte finden, wo sie Gefangene frei gelassen haben. Genau das machen Sie auch jetzt gerade. Und da uns die Weltöffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten wenig Raum geschenkt hat, wir aber jetzt die Aufmerksamkeit haben, sehen es natürlich viele Menschen. Das Gefährliche ist jetzt, dass in Deutschland der Eindruck entsteht: „Es bewegt sich etwas“. Wir Exil-Iraner:innen und die Iraner:innen vor Ort fallen nicht darauf rein. Aber wir wollen natürlich die deutsche Mehrheitsgesellschaft auf unsere Seite bringen. Wenn sie das lesen, könnte es natürlich sein, dass sie sich denken „ah da tut sich ja was, die sind ja doch barmherzig“. Aber das sind sie nicht.

Wie versuchst du/ihr dem entgegenzuwirken um zu verhindern, dass die Menschen durch trügerische Signale des Regimes die Aufmerksamkeit verlieren? Weiterhin aufklären?

Genau. Wir haben gerade den Fokus auf sehr viel Aufklärungsarbeit gelegt. Die Gruppen in Deutschland vernetzen sich. Wir teilen gerade Aufgaben auf, sodass einige zum Beispiel in diesem Gebiet ganz viel Content erstellen, wir gemeinsame Social Media Kampagnen fahren. Was vorher jeder auf eigene Verantwortung völlig unkontrolliert gemacht hat, soll jetzt fokussiert und gezielt an einer Stelle verwirklicht werden. Wir versuchen uns gerade mit verschiedenen Gruppen, z.B. auch studentischen Gruppen wie ihr es seid, zu vernetzen. Letzten Montag waren wir mit dutzenden Menschen im Politischen Salon in Bonn, die auch politisch sehr aktiv sind. Das heißt, wir versuchen alles zu tun, um für mehr Aufklärung zu sorgen, und damit die Leute das wahre Gesicht des Regimes kennen lernen.



Glaubst du, dass eine iranische Frau in den nächsten Jahren ohne Kopftuch im Iran in Frieden auf der Straße laufen kann?

Es passiert jetzt schon. Als ich heute morgen aufgewacht bin, habe ich ein wunderschönes Video gesehen. Es gibt einen Popsänger im Iran, der in Teheran sein Konzert gegeben hat. Bei jedem Konzert sind Regimeverteter dabei, die jeden Schritt beobachten. Wenn der Sänger einmal etwas Falsches sagt oder macht, verliert er seine Lizenz, kommt ins Gefängnis, kriegt 74 Peitschenhiebe usw. Unter Auflagen ist es aber erlaubt solche Konzerte zu geben und gestern haben die Menschen mitten im Konzert angefangen mit „Frauen. Leben. Freiheit.“ Also „Zan. Zendegi. Azadi.“ und „Nieder mit der Islamischen Republik. Nieder mit dem Diktator“. Sie waren laut, haben Vollgas gegeben, das war richtig stark. Man hat lauter Frauen ohne Kopftücher gesehen, was Jahrzehnte lang undenkbar gewesen ist. Ähnliche Bilder auch mitten aus den verschiedensten Städten im Iran. Diesen Widerstand gab es vorher in der Art nicht oder nur sehr sehr wenig, jetzt ist er aber völlig normal. Es gibt mittlerweile wirklich Zonen, da trauen sich die Leute von der Revolutionsgarde nicht mehr rein, weil sie Angst vor den Frauen haben. Das ist insbesondere in den Metropolen wie Teheran der Fall. Da haben auch die Geistlichen Angst auf die Straße zu gehen. Was mir persönlich leid tut, aber sie haben das Regime über sehr viele Jahre toleriert. Natürlich wären auch Sie beseitigt worden, hätten sie sich gegen das Regime gestellt. Aber über 40 Jahre wurde geschwiegen und ich kann leider auch verstehen, dass viele Menschen sehr wütend sind. Ich hoffe nicht, dass es später zu Massenexekutionen oder Ermordungen von Geistlichen kommen wird. Gerechtigkeit muss sein, aber keine Todesstrafe, das ist wirklich das allerletzte. Ich möchte, dass Gerechtigkeit herrscht und die Menschen für das, was sie getan haben, verurteilt werden und ihre Jahre dann absitzen.

Wie wird es im Iran deiner Meinung nach weitergehen?

Also ich glaube ganz klar an diese Revolution. Es sind Dinge passiert, die unumkehrbar sind. Die Menschen im Iran werden nicht mehr zurückgehen. Ich bin überzeugt davon, dass es vielleicht noch ein paar Monate, vielleicht auch Jahre braucht, bis das Regime vollständig gefallen ist, aber es wird definitiv geschehen. Die Frage ist nur wie schnell. Und dafür brauchen wir ein paar Meilensteine. Am wichtigsten: Das Zeichen aus der Welt, dass wir das Regime fallen lassen. Die politischen Forderungen dazu hatte ich ja schon geäußert. Wir wünschen

uns, dass weiterhin alle Augen auf den Iran gerichtet sind. In einer Welt mit so viel Trauer, Klimakrise, Ukraine-Krieg, dramatische Situationen in Afrika oder der Gefahr aus China - es passieren so viele schreckliche Dinge auf diesem Planeten - können wir gerade aber durch die Menschen im Iran sehen, was für ein Mut, was für ein Feuerwerk an Bewusstsein für ein gutes und freies Leben in der Gemeinschaft entfacht wurde. Ich denke, wir sollten darauf schauen, um aus dieser Depressionsstimmung rauszukommen. Das Positive auf der Welt wieder sehen und zu versuchen, es in unserem Umfeld zu verbreiten. Das wünschen wir uns von der „Nicht-Iran-Community“. Wir sind sicher, dass wir am Ende zusammen feiern werden. Auch hier in Bonn. Wir werden die größte Party aller Zeiten organisieren.

Ich glaube auch, dass sich die Welt an den Menschen im Iran gerade ein Beispiel nehmen kann. Vielleicht schauen wir in den nächsten Jahren darauf zurück und sagen „Das war der Startschuss für viele andere Meilensteine und Veränderungen in der Welt“.

Das wäre wunderbar. Wir sind uns sicher, das wird den gesamten Nahen Osten und Vorderasien verändern. Und das Feuer wird auch auf Afghanistan überfachen. Es waren auch Afghanen mit uns auf der Demo am Samstag in Paris. Ich habe mich mit ihnen unterhalten und wir fühlen mit ihnen. Es ist schrecklich, dass Afghanistan wieder unter der Hand der Taliban ist. Aber gerade zeigt sich im Iran, dass so ein theokratisches Regime nicht ewig bestehen kann.

Abschließend möchte ich Hannah Arendt aus ihrem Buch „Was ist Politik?“ zitieren: „Solange der Mensch fähig ist zu handeln, ist er auch fähig unmögliches zu tun.“

Das ist schön. Wenn Hannah Arendt das sagt, besser kann man es nicht sagen.

Vielen Dank für das Interview!



IM FOKUS: UKRAINE



ÜBER DIE HEIMAT

von Masha Dmitruk

Wo kommst du her? - fragen mich die Leute, sobald ich meinen Mund aufmache. Mein verdammter Akzent und der völlig unerträgliche Buchstabe "R". Der Ritter zu Ross am Rande der Rundung, du musst so tun, als würdest du gurgeln, egal, ich habe die Aussprache nie richtig in der Schule gelernt. Woher komme ich, eine ganz einfache Frage, nur Smalltalk, ich bin aus Essen, ich aus Berlin. Der Buchstabe "R" steht für Russland, damit geht es los...

"Hey, stimmt es, dass in russischen TV-Talkshows die Menschen dazu aufrufen, ukrainische Kinder zu töten? Stimmt es, dass die meisten Menschen in Russland für Putin sind? Wie ist die Stimmung da, was sagen die Menschen überhaupt? Ist es jetzt schwierig, eine Russin in Europa zu sein?" An einem sonnigen Tag am Hofgarten, in einer Raucherpause auf einer Party, auf dem Flur nach einer Vorlesung, bleiben diese Fragen immer an mir kleben wie eklige Mücken, lästige Moskitos.

Die Schwester meines Opas wurde vom russischen Militär (so denke ich) in dem Massaker in Butscha getötet. So sehr sich meine Familie bemühte, wir konnten ihre Leiche



© Masha Dmitruk

nicht finden und sie nicht richtig begraben. Meine kleine Cousine geht mit den anderen Kindern und der Lehrerin von der Schulklasse zum Luftschutzkeller und ist daran ganz gewöhnt. Ich telefoniere mit meiner Oma und frage sie: "Warum bist du zurück nach Kiew gekommen? Ich habe Sorge um dich!" Und sie sitzt dort festlich gekleidet mit einer Perlenkette und Ohrringen und sagt mir: "Es ist doch Tante Tanjas Geburtstag! Wie konnte ich nicht kommen? Oh, das Licht ist wieder ausgegangen".

So ist die Familienwelt, in der ich lebe. Doch komme ich aus Russland. Hymne in der Schule, Essays zum Thema "Warum ich stolz bin, Russe zu sein", "Unsterbliches Regiment" am 9. Mai. In dieser chauvinistischen und militaristischen Landschaft bin ich groß geworden und am Ende teile ich ein gewisses Verständnis für den Patriotismus. Es tut mir weh. Die Folter, die Ungerechtigkeit, Armut und unzählige junge Menschen, die für den Krieg mobilisiert wurden und dort gestorben sind. Es vergeht kein Tag, an dem ich nicht denke: Was kann ich in aller Welt tun, damit es am Ende aufhört? Ernsthaft, kann jemand mir das endlich mal sagen? Irgendjemand? Keine Antwort. Und ich demonstriere, zahle die Strafen an den russischen Staat und hoffe auf ein Wunder. In der Politik geschehen Wunder, sagte uns die alte Frau Arendt.

Und jetzt stehe ich vor der Kneipe mit ein paar beschwipsten Deutschen, die ich kaum kenne. Sie schauen mich an und erwarten eine Antwort auf ihre dummen Fragen.



HOLODOMOR - EIN GENOZID DURCH HUNGER?

von Lena Zimmermann

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich in meiner Wahrnehmung als ein Zeitalter von menschengemachten Katastrophen, Massensterben und der unbarmherzigen Verfolgung von Minderheiten eingebrannt. Prägend hierfür waren nicht nur Darstellungen in Geschichtsbüchern, Literatur und Kunst, sondern auch eine öffentliche Erinnerungskultur in Form von Museen, Denkmälern und Gedenktagen.

Der nationalsozialistische Genozid an den Juden, die Shoa, nimmt einen besonderen Platz in der europäischen und besonders der deutschen Erinnerungskultur ein. Doch im Laufe der Zeit wurden weitere Opfergruppen in diese aufgenommen und die verantwortlichen Verbrechen ergründet.

Hierzu gehört auch der Holodomor, das Massensterben der Ukrainer:innen aufgrund der menschengemachten Hungersnot in den Jahren 1932/33. Bis zum Ende des Jahres 2022 haben bereits zwanzig Länder - Deutschland am 30.11.2022 - den Holodomor als Genozid anerkannt. Jedoch bleibt die Anerkennung des Holodomor als Völkermord durch die UN, wie auch der Konsens in der Geschichtswissenschaft, bisher aus.

Aber die aktuelle russische Invasion der Ukraine bietet

den Anlass sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob der Holodomor als Genozid verstanden werden kann und anschließend einen Blick auf dessen bisherige Erinnerungskultur zu werfen.

Tödliche Kollektivierungspolitik

Der Begriff „Holodomor“ bedeutet übersetzt etwa „Tötung durch Hunger“ und bezeichnet die fatale Hungersnot in der Ukraine der frühen 1930er Jahre, das Ergebnis der unbarmherzigen Kollektivierungspolitik. Der damalige sowjetische Machthaber Stalin erzwang die Durchsetzung von radikalen Agrarmaßnahmen in Form von Enteignung, Verstaatlichung und Kollektivierung von landwirtschaftlichen Betrieben. Von besonderer Bedeutung war dies in der Ukraine, welche als fruchtbare „Kornkammer“ der Sowjetunion galt. Das Ziel war eine staatlich organisierte und effiziente Landwirtschaft durchzusetzen, die Industrialisierung voranzutreiben, und die als rückständig und potenziell gefährlich angesehenen Bauern stärker in eine gesamtsowjetische Gesellschaft zu integrieren.

Doch jene Maßnahmen stießen auf den Widerstand

der ukrainischen Bauernschaft, vor allem bei den „Kulaken“, den wohlhabenden Landbesitzern. Die gescheiterte Umsetzung der neuen Agrarpolitik wurde als politische Opposition interpretiert und resultierte in harten Sanktionsmaßnahmen. Unter anderem wurden für das Jahr 1931 die Getreideabgabquoten so weit erhöht, dass nicht nur keine ukrainische Gemeinde diese erbringen konnte, sondern sich gegen Ende des Jahres auch eine akute Hungersnot entwickelte. Dem wirkte die Regierung jedoch nicht entgegen, sondern verschärfte die Maßnahmen. Es folgte ein Massensterben der ukrainischen Bevölkerung, besonders in ländlichen Regionen.

Die Schätzungen über die Anzahl der Todesfälle variieren meist zwischen fünf bis zehn Millionen Tote durch Hunger und assoziierte Krankheiten. Der Bevölkerungsrückgang in der Ukraine wird auf circa 25 Prozent geschätzt. Unabhängig von der Wahl der Statistik treten die katastrophalen und langwirkenden Ausmaße des Holodomor deutlich hervor.

Genozid - Die Zerstörung einer Nation

Jedoch definiert sich der Begriff des Genozids nicht über die bloße Opferzahl, sondern über seine Intention.

Ein Argument, das häufig hervorgebracht wird entgegen der Bezeichnung des Holodomor als Genozid ist, dass innerhalb der Sowjetunion auch viele weitere Länder und Regionen betroffen waren. Somit könne man die Hungerkrise nicht als auf die Ukrainer:innen abzielende, genozidale Politik der Sowjetregierung bezeichnen, sondern als ungewollte Folge der gescheiterten Kollektivierungspolitik.

Urheber des Begriffs war der polnische Jude Raphael Lemkin. Er verstand den Genozid als die Zerstörung einer Nation, also einer Gruppe, die ihre Zusammengehörigkeit über ein geteiltes kulturelles Erbe ausdrückt. Folglich seien nicht nur explizit gewalttätige Akte als genozidale Regierungspolitik zu werten, sondern auch jegliche destruktiven Maßnahmen gegen die kulturellen und sozialen Institutionen einer Gruppe.

Neben dem Leiden der Landbevölkerung zeichnet sich die Zeit des Holodomor durch die Unterdrückung, Verhaftung und Deportation von bis zu bis zu 80 Prozent der ukrainischen „Intelligenzija“ aus. Dieser Begriff umfasste die Angehörigen der gebildeten Schicht, wie beispielsweise Lehrer:innen, Künstler:innen, Akademiker:innen und Schriftsteller:innen. Die Verfolgung dieser Bevölkerungsgruppe in der Ukraine diente dem Zweck das Wiederaufleben der Nationalbewegung, welche von Stalin seit Anfang der 1930er Jahre befürchtet wurde, zu verhindern.

Nach Lemkins Argumentation ist die vorher beschriebene „Hungerpolitik“ ein effektives Mittel, um die Desintegration ei-

ner Gesellschaft zu fördern, da sie den sozialen Zusammenhalt der Gruppe erodiert.

Hierfür spricht auch die Tatsache, dass das Leid der Bevölkerung durch die Sowjetregierung willentlich verschlimmert wurde, nicht nur aufgrund erhöhter Abgabquoten und Konfiszierungen von Getreide, sondern auch durch das Verbot die von Hunger geplagten Regionen auf der Suche nach Nahrung zu verlassen.

Obwohl es nie eine Direktive gab, die explizit die Zerstörung des ukrainischen Volkes beschloss, drückte sich dieses Vorhaben hinreichend in dem Verhalten der Sowjetregierung aus. Deren Ziel war schlussendlich ihre vollständige Vereinnahmung und die „Russifizierung“ des Landes. Aus ihrer Sichtweise heraus bestand die Notwendigkeit der Auslöschung aller von der sowjetischen Norm abweichenden Nationen.

Für Lemkin bedeutete so ein Gewaltakt nicht nur die Tragödie eines Volkes, sondern auch ein monumentaler Verlust für die gesamte menschliche Zivilisation.

Erneuerung der Erinnerungskultur

Die meiner Meinung nach zu befürwortende Einstufung des Holodomor als ein Genozid geht mit dem Appell einher, die Opfer des Holodomor stärker in die europäische Erinnerungskultur zu integrieren und eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für dieses Thema zu fördern. Über Jahrzehnte hinweg mangelte es an einer solchen Auseinandersetzung.

Sowjetische Zensurmaßnahmen erschwerten nicht nur die zeitgenössische Berichterstattung, sondern auch die historische und gesellschaftliche Aufarbeitung in der Folgezeit. Die Tabuisierung des Holodomor, welche auch die Bagatellisierung seiner Opfer als „Kollateralschäden“ der Kollektivierung beinhaltete, schwand erst mit der Reformpolitik unter Gorbatschow ab Mitte der 1980er Jahre. Jedoch ermöglichte erst der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Nationalstaatsgründung der Ukraine 1991 die Entfaltung einer eigenständigen Erinnerungskultur.

Auch außerhalb der Ukraine blieb die Thematisierung des Holodomor bis in die 1990er Jahre aus, trotz eines ausreichenden Kenntnisstands über die ukrainische Hungerkatastrophe. Hierfür verantwortliche Faktoren sind unter anderem die Russlandzentriertheit der Osteuropaforschung, der Einfluss von kommunistisch orientierten Intellektuellen sowie die Diskreditierung der Ukraine, die auf der Anklage beruht mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht kooperiert zu haben. Dem letzten Punkt gebührt hierbei besondere Aufmerksamkeit, da sich auch in der gegenwärtigen russischen Propaganda eine derartige Rhetorik wiederfindet.

Seit der Nationalstaatsgründung 1991 ist der Holodomor in das Zentrum der staatlichen Geschichtspolitik gerückt und wurde 2006 vom ukrainischen Parlament als Genozid anerkannt. Seitdem strebt die politische Öffentlichkeit verstärkt danach, dass weitere Staaten und die UN diesen Schritt vollziehen.

Angesichts der derzeitigen russischen Invasion ist die Relevanz dieser Bemühungen nicht zu verkennen. Die traumatisierende Erfahrung des Holodomor prägte die Ukrainer:innen über Generationen hinweg und viele ziehen Parallelen zum aktuellen Konflikt. Wie ihre Vorfahren vor 90 Jahren erleben sie die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage, ihrer Infrastruktur und der Versuch ihrer kulturellen Auslöschung.

Eine breite Auseinandersetzung mit dem Holodomor und

seine Anerkennung als Genozid birgt das Potenzial einseitigen russischen historischen Narrativen entgegenzuwirken. Allerdings muss meiner Ansicht nach darauf geachtet werden, dass die ukrainische Erinnerungskultur nicht auf ein bloßes oppositionelles „Gegennarrativ“ reduziert wird, sondern weiterhin eine eigenständige und opferbezogene Geschichtskultur gefördert wird.

Unter Stalin misslang die Desintegration der ukrainischen Nationalität, ein Vorhaben, welches nun dem militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine zugrunde liegt. Weiterhin behauptet sich das ukrainische Volk und beweist seinen Zusammenhalt, entgegen allen Widersachern, im Festhalten an ihrem Nationalbewusstsein und an ihrem kulturellen Erbe.



IM FOKUS: BALKAN

WIE FRIEDEN UND VERSÖHNUNG POLITISCH UND WISSENSCHAFT- LICH BEGLEITET WERDEN

Bonner Initiativen am Beispiel des Balkans

von Valentin Reischert

Frieden in Europa als eine Selbstverständlichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg – das ist nicht erst seit dem 24. Februar 2022, als der russische Angriffskrieg auf die Ukraine begann, eine verklärte Sicht auf die gesamtcontinentale Konstitution – man denke nur an Tschetschenien, Zypern, Georgien oder die russische Annexion der Krim.

Schwelende Konfliktherde im Balkan

Auch die Auseinandersetzungen auf dem Balkan nach dem Zerfall des Vielvölkerstaats Jugoslawien in den 1990er Jahren gehören in diese Aufzählung. Die Region mit zehn Ländern ist trotz ihrer geopolitischen Bedeutung zuletzt aus dem Blickfeld geraten. Die dort schwelenden Konflikte sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es bis heute unterschiedliche Auffassungen über Fragen der Anerkennung und Zugehörigkeit der einzelnen Staaten gibt. So hat sich der Kosovo als vormalige Teilregion Serbiens 2008 für unabhängig erklärt, was 117 UN-Mitgliedsstaaten offiziell anerkannt – mit Ausnahme von Serbien. Gegenseitige Provokationen zeigten sich u. a. in einem Streit um Einreisedokumente (serbische Personalausweise wurden im Kosovo nicht anerkannt) oder der Verhaftung des ehemaligen serbisch-kosovarischen Polizisten Dejan Pantic aus, was am 27. Dezem-

ber 2022 in der Versetzung der serbischen Militärkräfte in höchste Kampfbereitschaft gipfelte, woraufhin der wichtigste gemeinsame Grenzübergang geschlossen wurde.

Eine andere Art von Konflikt auf dem Balkan besteht innerhalb der ehemaligen Republik Bosnien und Herzegowina. Der heute föderal organisierte Staat besteht seit dem Friedensabkommen von Dayton 1995 aus zwei Entitäten: der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Republik Srpska. Letztere umfasst im Norden und Osten knapp 49 % des Staatsgebiets und wird vom Brčko-Distrikt, einem Gebiet unter Kontrolle des Gesamtstaates, getrennt. Es gibt drei gleichwertige Bevölkerungsgruppen, die als „konstituierende Völker“ bezeichnet werden. Im Jahr 2013 war mit 50,1 % der Anteil der Bosniak:innen am größten, wohingegen Serb:innen 30,8 % und Kroat:innen 15,4 % ausmachten. Während nun die multiethnische Regierung von Bosnien und Herzegowina die Aufnahme in die Europäische Union verfolgt und im Dezember 2022 offiziell den Status eines Bewerberlandes erhielt, verfolgt der Präsident der Republik Srpska, Milorad Dodik, ein diametrales Ziel: Er möchte alle Serben in einem Staat vereinen, zeigt sich sehr Russland-nah und verlieh erst am 9. Januar 2023 Wladimir Putin den höchsten Orden der Region.

„Bonn Powers“ – kraftvoll ein Friedensabkommen umsetzen

Im Zuge der letzten Wahlen in Bosnien und Herzegowina, die im Vorfeld von Boykottversuchen einzelner Parteien begleitet worden waren, geriet nun unsere Universitäts- und ehemalige Hauptstadt der Bundesrepublik in aller Munde. Die sogenannten Bonner Befugnisse („Bonn Powers“) sind auf die Tagung des Friedensimplemen- tierungsrats im Dezember 1997 in Bonn zurückzuführen. Sie verleihen dem Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina die Kompetenz, Entscheidungen zur Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton (1995) zu treffen. Seit dem 1. August 2021 wird dieses Amt von Christian Schmidt (CSU) ausgeübt, der von 2014 bis 2018 als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft aktiv war. Diese besonderen Befugnisse nutzte er als OHR (Office of the High Representative) unmittelbar nach Schließung der Wahllokale am 2. Oktober 2022, indem er 21 Verfassungsänderungen sowie Neuregelungen für das Wahlgesetz von Bosnien und Herzegowina präsentierte, die sowohl die Einrichtung der indirekt gewählten Gremien beeinflussen als auch den Prozess der Ernennung des Präsidenten und Vizepräsidenten beschleunigen. Darüber hinaus soll die Bürgerbeteiligung durch eine Verpflichtung an Stellenwert gewinnen. Die Anzahl der Delegierten in der Parlamentskammer wurde von 58 auf 80 erhöht, von denen jeweils 23 den drei Völkern Bosniaken, Kroaten und Serben zuzuordnen sind. Die Zahl der „Anderen“ wurde von 7 auf 11 erhöht. Durch die neue Gewichtung ist das vormals föderale Prinzip, nach dem 10 von 17 Delegierten einer Volksgruppe aus einem „Kanton“ entstammten, durch das ethnische Prinzip abgelöst. Begründet wurde diese Entscheidung nicht, aber das „Ljubic-Urteil“ des Jahres 2016 erwähnt, das die Regelungsgrundlage für die Zusammensetzung des „Hauses der Völker“ für verfassungswidrig erklärt hatte.

Einige Verfassungsexperten wie Josef Marko von der Karl-Franzens-Universität Graz kritisieren zudem, dass die Wahlrechtsänderungen die Befugnisse des Hohen Repräsentanten überschreiten, da die Entität Republik Srpska in Anhang 10 des Dayton-Abkommens keine Erwähnung finde. Darüber hinaus sei durchaus zweifelhaft, ob die dadurch faktisch erfolgte Aufhebung von Entscheidungen des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts geeignet sei, die Umsetzung des Friedensabkommens zu gewährleisten. Auch wird angeführt, dass die politische Segregation entlang von

ethnischen Zuschreibungen damit zementiert werde.

Versöhnungsforschung in Bonn

Unsere Stadt steht nicht nur bezüglich der Umsetzung des Dayton-Abkommens im Fokus der internationalen Friedens- und Versöhnungsarbeit. Am 22. Juni 2022 wurde auch das Bonner Zentrum für Versöhnungsforschung eröffnet. Dort wird in der Koordinierung von unterschiedlichsten Einrichtungen der Universität wie dem Zentrum für historische Friedensforschung oder dem Cluster „Beyond Slavery and Freedom: Asymmetrical Dependencies in Premodern Societies“ der interdisziplinäre Ansatz durch die Zusammenarbeit von Evangelisch-Theologischer, Katholisch-Theologischer, Rechts- und Staatswissenschaftlicher sowie Philosophischer Fakultät deutlich. Auch lokale Kooperationspartner wie das Evangelische Forum Bonn, das Katholische Bildungswerk Bonn und die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sind eingebunden. Gemeinsam wird unter anderem ein empirisch-fundierter Begriff von „Versöhnung“ durch den Vergleich unterschiedlicher Versöhnungsprozesse und ihrer kulturspezifischen Semantiken entwickelt.

In einem Projekt, das in Kooperation entsteht, wird die Kommission „Wahrheit und Versöhnung“ begleitet, die Lösungen zur Konflikttransformation in Bosnien und Herzegowina konzipiert. Als zweiter Schritt ist ein Vergleich von Versöhnungsprozessen geplant, der Fragen des Verhältnisses von nationaler und europäischer Identität sowie des Zusammenhangs von Politik und Religion betrifft. Die Leitung des Projekts obliegt Herrn Prof. Ulrich Schlie. Sollte dieses Forschungsprojekt zu einer nachhaltigen Stabilisierung in der Balkan-Region beitragen können, hätten Bonn und unsere Universität einen (weiteren) Baustein für die europäische Friedens- und Versöhnungsarbeit geliefert.



DIE ZUKUNFT DER BALKANREGION

Die Balkanregion ist ein wenig beachteter Teil Europas. Die Berichterstattung schenkt den politischen Geschehnissen in Südost-Europa wenig Aufmerksamkeit. Warum aber gerade Länder wie Albanien oder Serbien ein zentrales Interesse der EU werden könnten, welche Rolle Entwicklungszusammenarbeit dabei spielt und wie diese aussehen muss, um erfolgreich zu sein, soll hier betrachtet werden.

von Jonathan Keller

Wenn man in Tirana, der Hauptstadt Albaniens ankommt, hat man nicht das Gefühl in einem „Entwicklungsland“ zu sein. Hochhäuser, Shoppingcenter und zahlreiche Neubauten lassen einen schnell vergessen, dass dies noch vor gut 30 Jahren das ärmste Land Europas war. Im Jahr 1990 konnte sich nach den benachbarten Staaten der Balkanregion auch Albanien aus der sozialistischen Diktatur befreien. Die Wirtschaft lag am Boden und mit ausländischer Hilfe konnte nur knapp eine Hungersnot verhindert werden. Die Situation war dramatisch.

Seitdem hat die Balkanregion einen großen Wandel erlebt. Wirtschaftswachstum und demokratische Regierungssysteme verbesserten die Lebensqualität in der Balkanregion stark. Das sieht man deutlich, wenn man heute durch Südost-Europa reist.

Wenn man aber durch die moderne Hauptstadt läuft und die beeindruckende Entwicklung wahrnimmt, versteckt sich hinter den glänzenden Glasfassaden gleichzeitig ein ernsthaftes Problem, von dem viele Schwellenländer betroffen sind: die Kluft zwischen Stadt und Land.

Ein allgemein anerkannter Indikator für die Entwicklungsstufe eines Staates ist die Verteilung der Wirtschaftsleistung in den drei Sektoren. In Albanien sind ganze 40 % der Erwerbs-

stätigen im primären, landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt (zum Vergleich: in Deutschland sind es 1,2 %). Qualifizierte Arbeitsplätze gibt es aber ausschließlich in der Hauptstadt, deshalb ziehen Menschen mit höherer Bildung in die Stadt, was eine starke Urbanisierung und eine damit einhergehende Ungleichheit zwischen den Regionen zur Folge hat. Das BIP pro Kopf liegt in Albanien bei über 6000 \$, doch die Landbevölkerung betreibt häufig noch Subsistenzwirtschaft zur Eigenversorgung. Entwicklung findet hauptsächlich in einer Handvoll großer Städte statt. In den übrigen Balkanstaaten ist das nicht anders.

Ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit liegt daher darauf, die Wirtschaft in den ländlichen Regionen zu stärken. Dabei kommt dem Tourismus eine Schlüsselrolle zu, da dieser, anders als Industriegewerbe, besonders leicht in dünn besiedelten Regionen aufzubauen ist.

Der Tourismus gehört zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen in Albanien. Im Gespräch mit Einheimischen hört man oft, dass man sich eine ähnliche Entwicklung wie im nahegelegenen Kroatien erhoffe.

Ein überaus erfolgreiches Projekt im Bereich Tourismus, das von der „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ (GIZ) durchgeführt wurde, ist der Wanderweg „Peaks of



the Balkans“. Dieser führt durch eine besonders abgelegene Bergregion und ist zu einer der Hauptattraktionen des Landes geworden. Entlang dem rund 200 Kilometer langen Weg sind zahlreiche Unterkünfte und Restaurants entstanden, die von den lokalen Landwirt:innen betrieben werden. Das Besondere an dem Projekt ist, dass es eben das erreicht hat, was viele andere Projekte verfehlen: das individuelle Potenzial der ländlichen Regionen zu nutzen und einer ganzen Gegend zu mehr Einkommensquellen zu verhelfen, anstatt nur dem großen Ballungsraum der Hauptstadt oder, wie oft kritisiert, einem einzelnen Investor.

Es kann von Projekten dieser Art abhängen, ob die Entwicklungszusammenarbeit den Lebensstandard flächendeckend verbessern kann, oder lokale Ungleichheiten verschärft. Die große Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit insbesondere in der Balkanregion ist unter dem sich aktuell verschärfenden Ost-West Konflikt zu verstehen.

Alle Balkanstaaten stehen auf der Liste der EU-Beitrittskandidaten. Gleichzeitig gibt es vermehrte Einflussnahme aus China und Russland. Besonders deutlich sieht man dies aktuell am Beispiel von Serbien. Serbien profitiert vom Handel

mit russischem Gas und lehnte bisher alle Forderungen der EU ab, sich an Sanktionen gegen Russland zu beteiligen.

Um zu verstehen, welche Bedeutung dabei die Entwicklungspolitik spielt, muss man einen Blick auf deren Geschichte werfen.

Diese begann nämlich in einer Situation, die der heutigen erschreckend stark ähnelt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als sich der Weg in den Kalten Krieg abzeichnete, begannen sowohl die USA als auch die Sowjetunion durch wirtschaftliche Hilfeleistungen Staaten mit schwacher Wirtschaft und internen Problemen an sich zu binden.

Entwicklungszusammenarbeit hatte also von Anfang an Relevanz für die internationale Politik und gerade in der heutigen Situation gewinnt dieser Faktor in der Balkanregion stark an Aktualität.

Die Balkanstaaten als zukünftige EU-Mitgliedsstaaten oder als Verbündete eines expansiven Russlands - aus Sicht der EU steht viel auf dem Spiel.

UNTERWEGS



LÜTZERATH: DIE ZUKUNFT EINER KLIMA- GERECHTIGKEITSBEWEGUNG.

von Melanie Eberlein, Karsten Römling und Lucie Krauß

Es ist nass. Schlamm auf dem Boden, ein kalter Wind, Regen. Neben uns ein Loch, das sich bis zum Horizont erstreckt, darin ein überdimensionaler Bagger, RWE-Mitarbeitende, Dienstfahrzeuge. Auf der anderen Seite Menschenmassen, soweit das Auge reicht, weiter hinten unzählige mit Schlagstöcken und Schutzschilden bewaffnete Polizist:innen. Ein paar Kilometer in der anderen Richtung ein Geisterdorf, dazwischen Krankenwagen und Sanitäter:innen. Um die Situation mit einem Wort zu beschreiben: Endzeitstimmung.

Es ist der 14.01.2023 und wir befinden uns irgendwo im Nirgendwo. Irgendwo dahinten erobert ein kleines, zum Symbol gewordenes Dorf die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit: Lützerath.

Die Abbruchkante scheint dabei nicht nur für 1,5°C zu stehen, sie symbolisiert auch Hoffnung und Resignation, Macht und Ohnmacht einer Klimagerechtigkeitsbewegung.

Auf nach Lützerath

Es ist Samstagmorgen, 8:30 Uhr und wir stehen am vollen Bahnsteig des Beueler Bahnhofes. Um uns herum viele Menschen, ausgerüstet mit Wanderschuhen, Regenklamotten, Plakaten und Demotransparenten. Es ist offensichtlich, sie und wir haben denselben Zielort: Mehrere Bündnisse haben



zu einer Großdemonstration in der Nähe des im Braunkohlerevier gelegenen Dorfs Lützerath aufgerufen. Es soll im Rahmen der Eckpunktevereinbarung zum verfrühten Kohleausstieg abgebaggt werden, die NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit dem Energiekonzern RWE ausgehandelt haben. NRW soll



Das „neue“ Ortsschild von Keyenberg..



Leerstehendes Ladengeschäft eines ehemaligen Metzgers in Keyenberg.

durch die Vereinbarung bereits 2030 aus der Kohle aussteigen, fünf Dörfer werden erhalten – nicht aber Lützerath. Ein Kompromiss, der die Grünen auf eine Zerreißprobe stellt und nicht nur in der Klimabewegung auf viel Widerstand trifft. Schließlich gehen mehrere Studien, etwa vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), davon aus, dass die Kohle unter Lützerath nicht für die Energiesicherheit benötigt wird. Als die Regionalbahn einfährt, bewegt sich die große Menschenmenge auf die Türen zu und der Zug ist sofort gedrängt voll. So voll, dass viele Demonstrierende, die in Köln zusteigen möchten, nicht mehr mitgenommen werden können.

Schnell war uns klar - Hier wird gerade Geschichte geschrieben

Um kurz vor 12 Uhr erreichen wir endlich die Zufahrtsstraße nach Keyenberg, einer kleinen Ortschaft in der Nähe von Lützerath, die vor dem Kohlekompromiss eigentlich auch den Baggern von RWE hätte weichen sollen. Hier beginnt die Demonstration. Menschen strömen aus allen Himmelsrichtungen über Straßen, Felder und Schotterwege in Richtung Dorf. Das Handynetzt bricht zusammen. Schnell wird uns bewusst: Das hier wird groß - und es wird Wellen schlagen. Hier wird gerade Geschichte geschrieben.

Wir schließen uns dem offiziellen Demonstrationzug an. „Kohlekonzerne baggern in der Nähe, zerstören unsere Umwelt, nur für'n Batzen Geld“, wird gerufen. Nach kurzer Zeit erreichen wir die ersten Häuser von Keyenberg. Dem Ortsschild wurde ein weißes Laken mit dem Schriftzug „Neu-Lützerath“ übergestülpt. Auf den ersten Blick wirkt die erstmals im Jahr 839 urkundlich erwähnte Ortschaft wie ein ganz gewöhnliches, ruhiges, kleines Dorf: Backsteinhäuser, gemütliche Vorgärten und Straßenschilder weisen zu der 1866 erbauten Heilig-Kreuz-Kirche. Doch die Häuser sind verlassen, die Vorgärten ungepflegt, die Kirche ist entweiht und seit 2019 im Besitz der RWE AG. Auch ein ehemaliger Metzger und eine Gaststätte gehören der Vergangenheit an. Von 2009 bis 2022 ist die Bevölkerungszahl von fast 900 auf weniger als 150 Einwohner:innen zurückgegangen. Ausgerechnet in dieses Geisterdorf strömen nun tausende Menschen. Es ist ein surreales Bild. Nach kurzer Zeit bemerken wir, wie sich ein Teil der Demonstrierenden vom offiziellen Demozug löst und einem Feldweg nach Lützerath folgt. Der Weg wird immer beschwerlicher durch den Dauerregen, den starken Wind und den immer schlammiger werdenden Boden.

Zwischen Polizei und Krankenwagen

Während der Demonstrationzug kaum durch Polizist:innen

geschützt ist, sichern Unmengen an Polizeifahrzeugen und Hundertschaften Lützerath ab. Immer mehr Menschen begeben sich von der eigentlichen Demonstration in Richtung des nur noch von Aktivist:innen bewohnten Dorfes, dicht gefolgt von Krankenwagen und Sanitäter:innen. Wir bekommen ein mulmiges Gefühl und merken, dass wir nicht bereit sind, uns weiter in Richtung der Polizeiketten zu bewegen.

Johannes hat sich weiter in Richtung der Polizeiketten bewegt und war vor Ort, als die Bilder der Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden entstanden, die die mediale Berichterstattung bestimmen. Den 22-jährigen Geografiestudenten aus Aachen treffen wir ein paar Wochen nach der Demo in Köln. Wir fragen ihn, wie er sich rückblickend in dieser Situation gefühlt hat, ob er Angst hatte.

„Klar hat man Angst vor gewaltsamen Auseinandersetzungen, vor allem wenn man am Horizont tausende Polizist:innen sieht, aber mehr Angst muss man vor der Zukunft haben, wenn die Klimazerstörung so weiter geht, als vor dieser Auseinandersetzung.“

Auch Johanna, eine Bonner Politikstudentin im ersten Semester, war in der ersten Reihe mit dabei. Die Polizeigewalt hat sie schockiert, das Bild eines auf sie zustürmenden Polizisten hat sich bei ihr eingebrannt. „Da waren Menschen, die haben sich absichtlich mit erhobenen Händen hingestellt und trotzdem wurde auf sie eingepöbeln. Der Polizei war es augenscheinlich egal, ob das gewaltbereite Aktivist:innen waren oder nicht. Das war nicht sehr deeskalierend.“ Die Gewalt der Polizei stehe in keinem Verhältnis zu dem überwiegend gewaltfreien Verhalten der Aktivist:innen.

Eine verlorene Heimat

Etwas verloren wandern wir zwischen Abbruchkante, Lützerath, Keyenberg und der Kundgebung hin und her. In der Nähe der Bühne treffen wir Henry. Seit 2018, dem Jahr des Abrisses des Immerather Doms, kämpft er gegen den Verlust seiner Heimat, von Baudenkmälern und Kulturgut, von Gotteshäusern und Natur, von Lebensläufen, die den riesigen Baggern zum Opfer gefallen sind. „Das sind richtig lebendige Dörfer gewesen, die plattgemacht wurden für eine problematische Form der Energiegewinnung. Das mag eine Berechtigung gehabt haben vor ein paar Jahrzehnten, aber jetzt ist das vollkommen out-dated“, beklagt der Rheinländer.

Mit Blick auf den Kompromiss der Landesregierung betont Henry, „wir müssen uns von faulen Kompromissen verabschieden“. Denn: „Uns läuft die Zeit davon“. Ihm sei aber klar, dass das nicht im Handstreich zu lösen sei. Henry erklärt uns, dass er sich einen systematischen Strukturwandel wünsche, basisdemokratisch und unter Einbezug aller Betroffenen.

Umdenken in der Bevölkerung?

Wir sprechen mit einer Frau, die mit ihren zwei Kindern auf der Demo ist. Sie fühlt sich hilflos. „Ich verstehe nicht, warum nichts passiert“, erzählt sie uns. Zwar könne sie den Kompromiss der Grünen nachvollziehen, aber es müsse mehr passieren, es brauche ein Umdenken in der Bevölkerung.

Wir sind erschöpft. Von der Bühne haben wir nicht viel mitbekommen, kaum mehr als ein letztes „Lützi bleibt!“ von Greta Thunberg, bevor sie die Bühne verlässt. Mit gemischten Gefühlen begeben wir uns auf den Rückweg.

Wie bereits auf der Hinfahrt befürchtet, ist der Weg zurück nach Bonn nicht weniger anstrengend. Das liegt nicht nur an überfüllten Bussen und Bahnen - auch eine Reihe offensichtlich betrunkenen Mönchengladbach-Fans sorgen durch wilde Beschimpfungen gegenüber den scheinbaren „Klimaterroristen“ für ein denkwürdiges Ende unseres Ausflugs.

Ein Mönch, militante Klima-Chaoten und Social Media

Die Reaktionen in den Medien sind gemischt. Während sich die Bild über „radikale Klima-Chaoten“ beschwert, werden in der taz im Angesicht der Polizeigewalt Zweifel an unserer Demokratie geäußert. Dazwischen - und in den sozialen Medien auch darüber hinaus - findet man so ziemlich alles. Die Organisator:innen sprechen von 35.000 Demonstrierenden, die Polizei meint nur 15.000 gezählt zu haben. Laut Po-

lizeiangaben gab es 102 verletzte Polizist:innen, davon sind diverse Verletzungen aber auch ohne Einwirken der Demonstrierenden im Schlamm entstanden, wie viele, wird nicht kommuniziert. Beim Veranstalter „Lützerath lebt“ haben sich nach eigenen Angaben 142 verletzte Demonstrierende gemeldet, an diesen Angaben wird medial gezweifelt. Es wird viel diskutiert, über Polizeigewalt und vermeintliche Klima-Chaoten, über einen viral gewordenen falschen Mönchen, der per Strafbefehl gesucht wird, über die Rolle der Medien, über zwei Aktivist:innen in einem Tunnel, über Sieg oder Niederlage, über Energiesicherheit, über die Grünen. Johanna kritisiert:

„Mich hat gestört, dass das so dargestellt wurde, dass Lützerath nur ein Symbol sei. Natürlich ist es ein Symbol, ja. Aber es geht einfach um die Kohle, die darunter liegt. Zahlreiche Studien haben deutlich gemacht, dass die Kohle nicht benötigt wird. Es wurde so dargestellt, als würde es gar nicht um die Kohle gehen, sondern nur um das Symbol. Das lässt sich hier im Globalen Norden einfach sagen, aber die Auswirkungen im Globalen Süden sind jetzt schon da und werden dadurch manifestiert.“ Auch Johannes ist mit der Medienberichterstattung unzufrieden. Der Protest sei vonseiten der Aktivist:innen weitgehend friedlich gewesen. Das Narrativ gewaltbereiter und militanter „Klimaterroristen“ hält er daher für vollkommen verfehlt.

In den sozialen Medien ist vor allem ein als Mönch verk-



Henrys Plakat zeigt die Zerstörung des Immerather Doms 2018 - Sein Heimatdorf existiert nicht mehr.





Am Horizont erkennt man die Baumhäuser von Lützerath. Davor die Polizeikette und viele Demonstrant:innen, die sich in Richtung des abgeriegelten Dorfes bewegen.



Tausende Menschen laufen durch das verlassene Dorf.

leideter Aktivist berühmt geworden, der einen im Schlamm stecken gebliebenen Polizisten schubst, nachdem dieser sein Plakat weggeworfen hat. Ein Symbol der Macht der Zivilgesellschaft gegenüber der institutionellen Gewalt? Aber auch darüber hinaus hallt der 14.01. in den sozialen Medien nach. Zu der medialen Wirksamkeit des Protests und der Rolle von sozialen Medien erklärt die Bonner Professorin für Medienwissenschaften Caja Thimm gegenüber Netzpolitik.org: „Eine der wichtigsten Eigenschaften von Social Media ist die internationale Sichtbarkeit. Wir sehen gerade die Solidaritätserklärungen aus Indien, aus Großbritannien, aus Frankreich, aus Belgien - aus der ganzen Welt. Das macht Mut vor Ort, insbesondere bei den Konflikten mit der Polizei.“

Lützerath – ein Erfolg?

Für Johanna war die Demo insgesamt ein großer Erfolg: „Es war das erste Mal nach Hambi, dass deutschlandweit wieder so viele Menschen zusammengekommen sind.“ Das habe Mut gemacht, es sei ein Gefühl des Empowerments, der zivilgesellschaftlichen Partizipation entstanden: „Wir konnten uns als Zivilgesellschaft den Raum nehmen, der uns zusteht“. Zugleich scheint die 1,5°C-Grenze nicht mehr erreichbar zu sein, die Kohle unter Lützerath wird wahrscheinlich nicht mehr lange unter Lützerath bleiben. Irgendwo „zwischen Hoffnung und Verzweiflung“ ordnet Johanna sich ein.

Weder Johanna noch Johannes sehen sich von Politik und Gesellschaft ernst genommen. „Erst muss Klimaschutz wirklich vorangetrieben werden“, so Johannes.

Und jetzt?

Nach Berechnungen des Sachverständigenrats für Umwelt-



fragen aus dem Jahr 2022 muss Deutschland bei einer linearen Reduktion der Treibhausgasemissionen 2031 klimaneutral sein, um wenigstens mit 50%iger Wahrscheinlichkeit zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze beizutragen. Die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau ist dabei kein willkürliches Ziel, sondern eine wahrhaftige Grenze: Wird sie überstiegen, treten mit hoher Wahrscheinlichkeit zahlreiche irreversible Klimakipppunkte in Kraft, die den Klimawandel beschleunigen und gar unaufhaltsam machen können. Ein Bericht der Welt-Meteorologieorganisation (WMO) aus dem Jahr 2022 geht davon aus, dass dieser Wert schon bis 2026 überschritten werden könnte.

Diese Zahlen sind deprimierend. Und auch wenn die Demonstration in Lützerath von den Veranstalter:innen als Erfolg gedeutet wird - kaum etwas deutet aktuell darauf hin, dass die Kohle unter Lützerath im Boden bleibt. Noch weniger deutet darauf hin, dass die Weltgemeinschaft ausreichend und rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergreifen und koordinieren kann, um die globalen Treibhausgasemissionen auf die seit 2020 verbleibenden 400 Gt CO₂ zu begrenzen.

Vielleicht auch deswegen hat sich der Protest der Klimagerechtigkeitsbewegung verändert: Ziviler Ungehorsam scheint das neue Mittel der Wahl geworden zu sein. „Fridays for Future, die Menschen, die dort politisiert worden sind, haben gemerkt: Wir haben 1,4 Millionen Menschen auf die Straßen gebracht und jetzt haben wir sogar die Grünen in der Regierung und trotzdem werden Verträge mit Katar geschlossen und neue Erdgasprojekte beschlossen. Es wird mehr zivilen Ungehorsam geben“, so Johanna.

Grüne Ideologie vs. grüne Politik?

Demokratiethoretisch gesprochen: Es scheint eine zune-



hmende Differenz zwischen konstituierender Macht und der konstituierten Macht zu geben, zwischen der Klimagerechtigkeitsbewegung und ihrer zumindest einseitig proklamierten institutionellen Vertretung.

Gerade die Grünen sind im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligungen in NRW und im Bund in Kritik geraten. Selbst der für die Räumung von Lützerath verantwortliche Aachener Polizeipräsident ist Grünen-Mitglied. Sprachlos wirkt etwa die grüne Bundestagsabgeordnete und ehemalige Pressesprecherin von „Ende Gelände“ Kathrin Henneberger im Interview mit dem ARD-Morgenmagazin auf die Frage, ob die Grünen ihren Mund zu voll gemacht hätten, als sie im Wahlkampf gefordert haben, dass niemand mehr sein Zuhause verlassen müssen soll. Es scheint, als wisse sie selbst nicht mehr, wofür sie hier gerade kämpft - gegen Entscheidungen, für die ihre eigene Partei verantwortlich ist und die sie zugleich verteidigt?

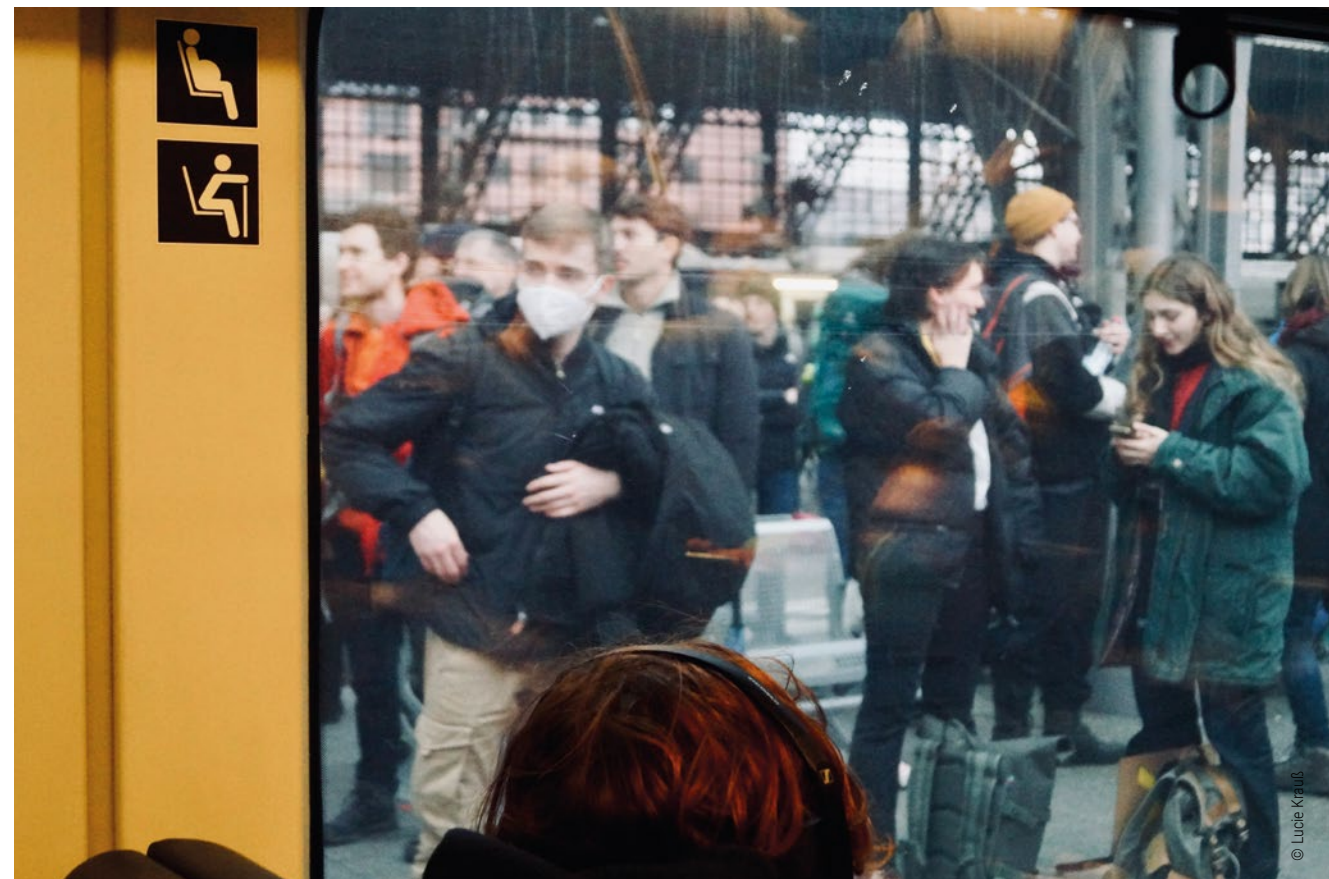
„Wenn man sich vor einem Jahr noch vor Lützerath ablichten lässt und dazu schreibt ‚Lützerath bleibt!‘, dann kann man nicht so eine 180°-Kehrtwende machen“, findet Johanna.

Johannes ist selbst Mitglied der Grünen. Er erzählt uns, dass er sich durch sein aktivistisches Handeln als Mitglie

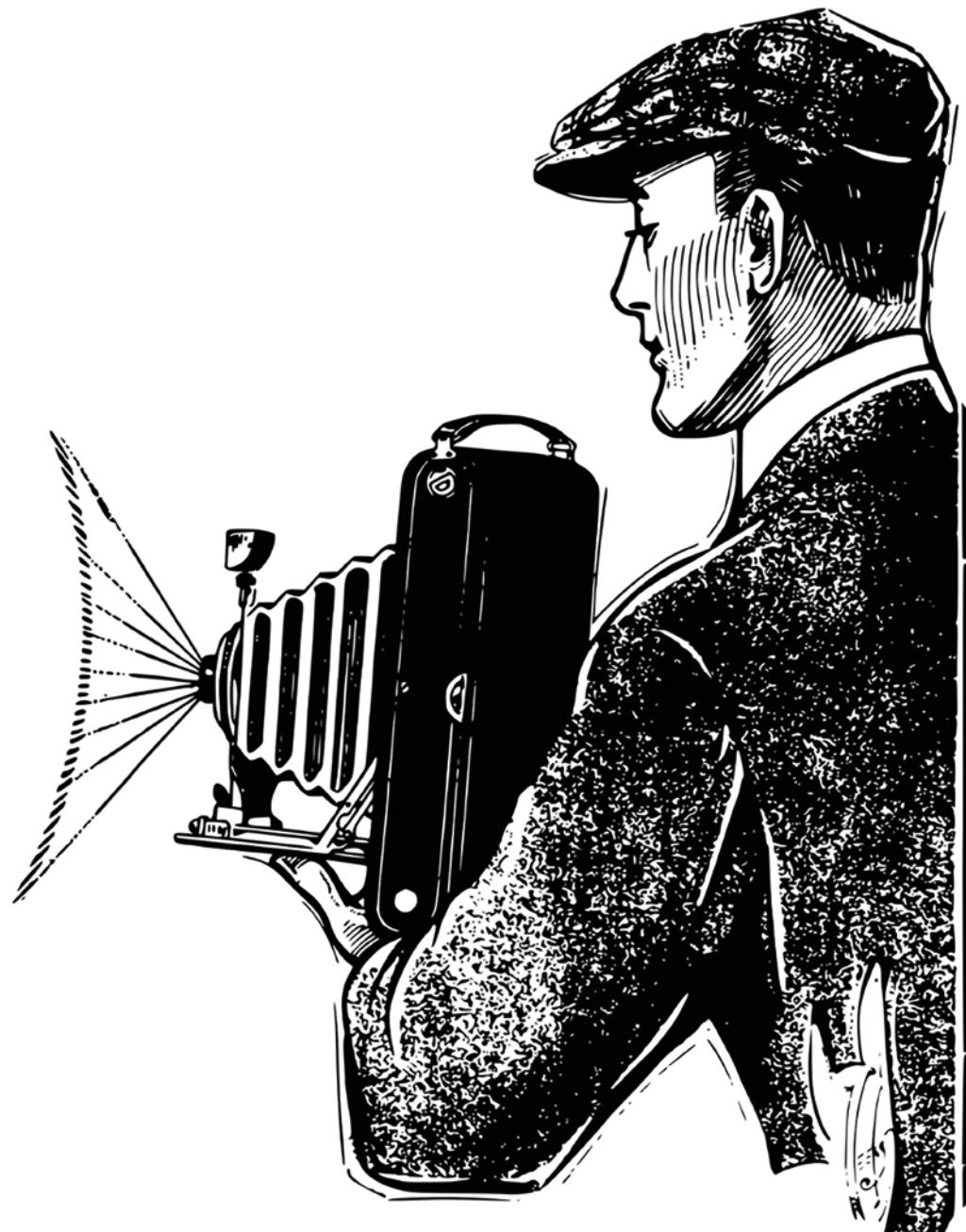
der Grünen Jugend vermehrt in einem Rollenkonflikt befinde. Trotzdem zeigt er Verständnis für das Vorgehen seiner Partei und argumentiert mit den Mehrheitsverhältnissen - es gebe schlicht keine politischen Mehrheiten für Klimaschutz. „Diejenigen, die in den Parlamenten für Klimaschutz kämpfen, fertig zu machen, bringt nichts“, so der 22-Jährige. Die Zeit der großen Kompromisse sei allerdings vorbei, das müsse die Partei jetzt lernen.

Unser Fazit? Es ist kompliziert.

Wie geht es nun weiter mit der Klimagerechtigkeitsbewegung? Wir wissen es nicht. Das Anliegen der Bewegung wird immer dringlicher, zugleich zeigt die öffentliche Wahrnehmung des Protests: Ein Umdenken hat es noch nicht gegeben. Selbst eine wichtige (scheinbare) institutionelle Vertretung der Bewegung, die grüne Partei, scheint sich von den Idealen der Demonstrierenden entfernt zu haben. Gepaart mit einem Gefühl der Verzweiflung mag das die Hochkonjunktur des zivilen Ungehorsams als Protestform erklären, die wiederum unter Legitimationsdruck zu stehen scheint. Können wir noch Hoffnung haben? Müssen wir gar Hoffnung haben? Wir wissen es nicht. Aber wir glauben, dass man etwas bewirken kann, wenn man sich für seine Ideale und Ansichten einsetzt.



KULTUR UND MEDIEN



MITREISSEND UND VERBINDEND: „ISTANBUL“ IM THEATER BONN

von Annika Beckmann

Versetzen wir uns in das Jahr 1961, in dem durch das deutsch-türkische Anwerbeabkommen bis in die 1970er Jahre rund 900.000 türkische Arbeitnehmer:innen nach Deutschland kommen. Mit diesem wichtigen Teil der deutsch-türkischen Geschichte, welcher nicht selten im gesellschaftlichen Diskurs außer Acht gelassen wird, beschäftigt sich das Theaterstück *Istanbul* in einer fesselnden Verbindung von Schauspiel und Liederabend. Die Erzählung enthält dabei eine Umkehrung der Perspektive, bei der nicht in Deutschland, sondern in der Türkei das Wirtschaftswunder eintrat.

In der Inszenierung von Roland Riebeling verfolgen wir den fiktiven Lebensweg von Klaus Grubert (Timo Kählert), welcher als „Gastarbeiter“ aus seiner Heimatstadt Bonn in das kleine Istanbul Viertel Balat zieht. Mit tragischen und humoristischen Elementen erfahren wir auf anschauliche Weise über Probleme, Sehnsüchte und Ängste des Protagonisten und seiner Familie. Das Lernen einer neuen Sprache, die ermüdende Arbeit, die fehlende Integration und das Sehnen nach Vertrautem und seiner Ehefrau Luise (Lydia Stäubli). Zudem wird besonders die Frage nach Heimat und der Identifikation mit einer Nation durch den Sohn Deniz (David Hugo Schmitz) aufgeworfen, welcher die elterliche Heimat



Bonn gar nicht wirklich kennt und in der Türkei groß wird. Ein Bild einer schillernden und aufregenden Metropole, verknüpft mit einem einengenden Gefühl der Fremde, bleibt im Gedächtnis.

Die damit einhergehenden Emotionen werden wirkungsvoll auf Türkisch durch die Lieder von Sezen Aksu, einer

Pionierin des türkischen Pops, besungen. In ihre Musik fließt eine Vielfalt von türkischen Klangrichtungen hinein und nicht zuletzt engagiert sie sich politisch für zahlreiche Themen, besonders für die Rechte von Frauen und Minderheiten. Die Musiker (Ceren Bozkurt, Torsten Kindermann, Koray Berat Sari, Jan-Sebastian Weichsel) tragen beeindruckend auf verschiedenen Instrumenten die melancholischen Lieder vor und berühren die Zuschauer:innen mit der Sentimentalität und Intensivität der Melodien. Auf gleicher bemerkenswerter Ebene ist die musikalische Darbietung der fünf Schauspieler:innen, welche sich die Songs in der Originalsprache angeeignet haben. Eindrucksvolle Performances, wie Christoph Grummerts Auftritt als Drag Queen, die Zugabe zu dem Tarkan-Hit „Şımarık“ durch David Hugo Schmitz und eine tief ergreifende Darbietung der Musikerin Ceren Bozkurt, begeistern die Zuschauer:innen, welche die Künstler:innen mit einem tosenden Applaus und Standing Ovationen würdigen. Im Theatersaal scheint sich ein gewisses Gemeinschaftsgefühl zwischen dem bunt gemischten Publikum gebildet zu haben. Besonders die Musik schafft an diesem Abend eine Verbundenheit, ganz gleich welcher Nation man sich zugehörig fühlt.

Große Benachteiligungen und eine fehlende Erinnerungskultur der Geschichte des Anwerbeabkommen sind in Deutschland allerdings allgegenwärtig. Das Stück bleibt bewusst im Wesentlichen unpolitisch. Es solle nicht um die heutigen Zustände in Istanbul, sondern vielmehr um ein gemeinsames Verständnis füreinander und einen Unterhaltungsabend gehen, erklärt Regisseur Roland Riebeling in einem Interview dem Theater Bonn. Dieses Gefühl kann Istanbul auf jeden Fall hervorrufen, doch hätte ich mir persönlich an manchen Stellen auch politische Anspielungen und den Mut dazu gewünscht, vielleicht auch über die sehr emotionale Ebene hinaus zu gehen. Des Weiteren habe ich mich gefragt, ob der Perspektivwechsel wirklich notwendig ist, um das gewünschte Verständnis hervorzurufen. Die sehr einfache Übertragung von Erfahrungen, Verhältnissen und Problemen der türkischen „Gastarbeiter:innen“ auf eine deutsche Perspektive birgt für mich die Schwierigkeit, dass die Aufnahme und Integration von Migrant:innen in jedem Land und deren Kultur unterschiedlich verläuft. Die stets begleitenden Herausforderungen, wie zum Beispiel die fremde Sprache und die Sehnsucht nach Heimat, werden jedoch treffend in der Inszenierung herausgearbeitet. Schlussendlich denke ich, dass für Mitgefühl und das Hineinversetzen in die Situation und Emotionen der „Gastarbeiter:innen“ keine Umkehrung der Verhältnisse nötig gewesen wäre.

Istanbul bleibt eine bravouröse künstlerische Darbietung, welche sich mit einer unverändert bedeutsamen Geschichte

beschäftigt und eine unmittelbare Verbundenheit und nachhaltige Berührung hervorruft. Die Inszenierung ist noch am 23. Mai im Schauspielhaus Bad Godesberg zu sehen, darüber hinaus veröffentlicht das Theater Bonn gegebenenfalls weitere Termine.

ISTANBUL (Schauspielhaus, 04.02.2023)

EIN SEZEN AKSU LIEDERABEND

Klaus Gruber: Timo Kählert

Luise Gruber: Lydia Stäubli

İsmet: Christoph Grummert

Ela: Sophie Basse

Deniz: David Hugo Schmitz

Musiker: Ceren Bozkurt, Torsten Kindermann,
Koray Berat Sari, Jan-Sebastian Weichsel

Regie: Roland Riebeling

Musikalische Leitung: Torsten Kindermann

Kostüme: Nini von Selzam

Bühne: Thomas Rupert

Supervision Bühnenbild: Isabell Ziegler

Licht: Boris Kahnert

Choreografie: Arzu Erdem-Gallinger

Dramaturgie: Nadja Groß

Regieassistent: Yunus Wieacker

Kostümassistent: Anna Matthäi

Inspizient: Andreas Stubenrauch

Soufflage: Kerstin Heim



REZENSION

„THE BANSHEES OF INISHERIN“ (2022, MARTIN MCDONAGH, FSK 16)

von Benedikt Mause

Inisherin. Eine kleine (fiktive) Insel in Irland zur Zeit des Bürgerkriegs. Nicht viele Menschen leben dort, man kennt sich. Man kennt gerade auch Pádraic (Colin Farrell) und Colm (Brandon Gleeson). Ihr täglicher gemeinsamer Pub-Besuch ist ein gewohntes Bild. Der einfache Bauer Pádraic holt den Musiker Colm Tag für Tag ab, alles scheint wie immer, bis dessen Tür eines Tages verschlossen bleibt. Eine Freundschaft am Ende? Es ist nicht nur schauspielerische Brillanz, die den Film „The Banshees of Inisherin“ (2022) für mich auszeichnet. Die Entwicklung der Geschichte lässt ein Drama entstehen, fragt unheimlich tiefgründig nach dem, was das Leben „sinnvoll“ macht. Was bedeutet Freundschaft? Wie gehen Menschen mit Ablehnung um? Die Begrenzung des Dorfes, der Versuch des Aus-dem-Weg-Gehens ohne es zu können, bilden ein starkes Setting. Nicht selten spürte ich beim Anschauen den innerlichen Versuch aufzuschreien, den Protagonisten ins Gewissen reden zu wollen. Martin McDonagh schafft es auf beeindruckende Weise eine gleichzeitig dramatische wie urkomische Geschichte zu erzählen und verliert dabei auch nicht den Witz. In einem Moment ganz eingenommen von der Atmosphäre, auch von den wunderschönen Landschaftsaufnahmen Irlands, lassen vereinzelte Szenen mit abstrakter Ironie immer wieder ein Lachen aufkommen.

Der Film ist letztendlich das, was man ihn sein lässt. Ein wahres Kinoerlebnis war er für mich in jedem Fall. Gerade das Duo Farrell und Gleeson, das virtuose Zusammenspiel der beiden Schauspieler, das man schon in „Brügge sehen ... und sterben?“ (2008, ebenfalls McDonagh) verfolgen konnte, begeistert. Neun Oskar-Nominierungen und die meisten Preise bei den Golden Globe Awards 2023 sind meiner Meinung nach verdient. Mag der ein oder andere Schwachpunkte in vermeintlich zu wenig ausgefeilten Allegorien erkennen, spricht mich persönlich McDonaghs Hang zur Symbolik an. Wer den Film in Originalverfassung sieht, darf sich bei der Geschichte einer zerbrechenden Freundschaft noch dazu auf irischen Akzent freuen. Wer immer meiner Empfehlung folgt:

Viel Spaß bei 114 Minuten „fuckin' hell“!

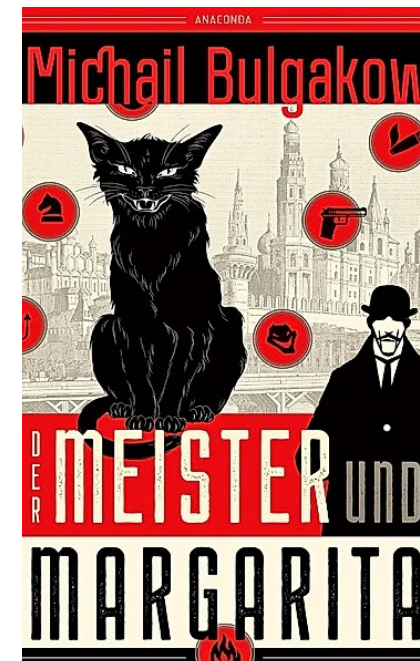


BUCHEMPFEHLUNGEN

der Redaktion



Melli: In ihrer Biografie 'Becoming' berichtet die ehemalige First Lady von ihrer Kindheit und dem Leben einer schwarzen Arbeiterfamilie in Chicago. Darüber hinaus erzählt sie, wie sie und Barack Obama sich fanden und gemeinsam eine Familie gründeten. Sie berichtet von dem surrealen Leben im Weißen Haus und der Zerreißprobe, die sie Seiten der Medien erdulden musste. Abschließend gibt sie einen Einblick in ihre Zeit nach dem Amt der First Lady von Amerika. In diesem Buch gibt Michelle Obama sehr emotionale und persönliche Einblicke in ihr Leben und lässt die unnahbare Instanz zu Landesoberhäuptern sehr klein erscheinen, fast als eine Position, in die jeder reinschlüpfen kann. In jedem Fall schafft sie es, ihre charismatische und ehrliche Art in diesem Werk hervorzuheben, für die sie bei so vielen Menschen beliebt ist.

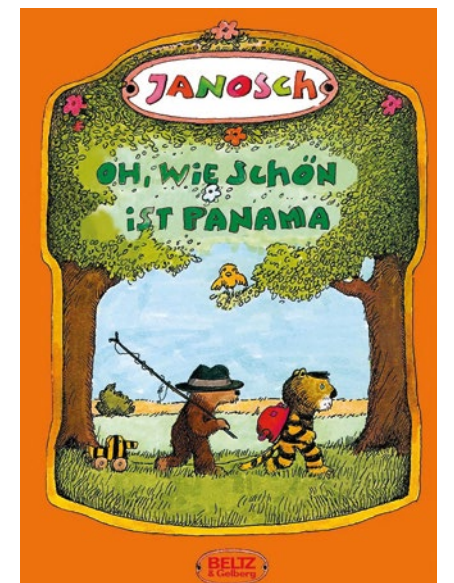


Luis: Michail Bulgakows Roman „Der Meister und Margarita“ hat mich in den Semesterferien vollkommen in seinen Bann gezogen. Wer etwas über das stalinistische Russland der 30er Jahren erfahren will und dabei brillant unterhalten werden möchte, kommt an dem Roman nicht vorbei. Der Teufel persönlich sucht Moskau heim. Begleitet wird er von von seinen Gefährten - darunter ein sprechender Kater, ein ehemaliger Kantor und der Engel des Todes. Dabei werden die Geldgier, Morillosigkeit und Bürokratiebesessenheit einer angeblich klassenlosen Gesellschaft entlarvt. Diejenigen, die der schwarzen Magie des Satans zum Opfer fallen, verwandeln sich in Vampire, werden kurzerhand nach Jalta teleportiert oder landen (nicht selten) in der Psychiatrie. Besonders die absurde Komik des Romans ist mir im Gedächtnis geblieben. Wer, wie ich, des Russischen nicht mächtig ist, dem kann ich wärmstens die Übersetzung von Alexandra Berlina empfehlen.

Alessandra: Berlin - Die 27-Jährige Hannah arbeitet gerade an ihrer Doktorarbeit und kümmert sich nebenbei um ihre 94-Jährige Großmutter Evelyn, die in einer Seniorenresidenz lebt. Außer Ihnen beiden leben keine Verwandten mehr. Als Evelyn plötzlich einen Brief aus Israel bekommt, indem sie als einzige lebende Erbin des Kunstvermögens des jüdischen Inhabers Itzig Goldmann betitelt wird, wird Hannah neugierig. Ihre Großmutter weigert sich über ihre Vergangenheit zu sprechen und so begibt sich Hannah zurück in die 1920er Jahre um ihre Familiengeschichte aufzuarbeiten. Alena Schröders Debüt „Junge Frau, am Fenster stehend, Abendlich, blaues Kleid“ erinnert schon beim Lesen an einen Gemäldetitel. Ein literarisches Juwel, der eine über mehrer Generationen spannende Geschichte erzählt. Mit farbenprächtigen, ausschweifenden und mitreißendem Erzählstil führt die Autorin den Leser in die Handlung hinein und zieht ihn in seinen Bann, sodass er sich nicht mehr von den Seiten lösen kann.

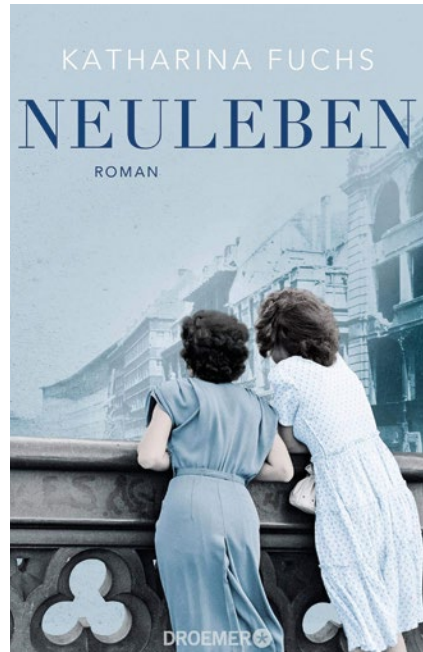


Benedikt: „Wenn man einen Freund hat, ... braucht man sich vor nichts zu fürchten.“ Nur eines, der vielen schönen Zitate, die das Buch „Oh wie schön ist Panama“ von Janosch bietet. Sicherlich hebt sich das Kinderbuch hier etwas ab, aber ich möchte es trotzdem gerne empfehlen. Dankbarkeit für das was ist und was auch die eigene Welt zum „Paradies“ macht. Dankbarkeit für die vielen Kleinigkeiten - seien es verwiterte Sträucher -, die das Leben in seiner Tristesse doch schön machen können. Das können wir glaube ich alle gebrauchen. Die Geschichte von den Freunden, die aufbrechen, um Panama zu finden, allerlei erleben, im Kreis laufen und dann doch im „Land ihrer Träume“ ankommen, lässt nachdenken. Irgendwie eine sehr tiefgründige Kindheitserinnerung.



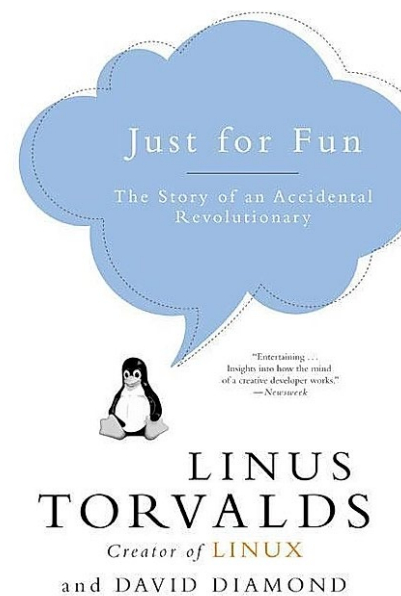
BUCHEMPFEHLUNGEN

der Redaktion



Lucie: Die Autorin erzählt die wahre Geschichte von zwei jungen Frauen, die in der Nachkriegszeit zwei unterschiedliche und für diese Zeit ungewöhnliche Lebenswege einschlagen. Therese beginnt 1953 als eine von zwei Frauen ihr Jurastudium in West-Berlin und ist den Repressalien und Schikanen ihrer Kommilitonen und Professoren ausgesetzt. Gisela träumt davon Mode zu entwerfen und lässt sich von ihrem Ziel nicht abbringen. Es ist eine Geschichte von Ost- und Westperspektiven, tragischen Schicksalsschlägen und beeindruckender Emanzipation, die einen die damalige Zeit besser verstehen lässt und zum Nachdenken anregt.

Karsten: „Just for fun“ ist nicht nur ein Buchtitel, sondern auch die zugegeben etwas pseudophilosophisch inszenierte Lebenseinstellung von Linus Torvalds, dem Initiator von Linux. In dem biografisch anmutenden Werk reflektiert der Nerd aus Finnland seine Kindheit, seine Leidenschaft für IT, seine nervösen Reden, seinen ambivalenten Umzug nach Amerika, sein Image als „Benevolent Dictator“ und „folk hero“ – mit Humor, nahbar und sympathisch. Das Buch macht Mut – Widersprüche, Erfolge und Misserfolge zeichnen das reale Bild eines unabsichtlichen Revolutionärs, der sich selbst nicht zu ernst nimmt. Nicht nur technologisch interessant, sondern menschlich beeindruckend und wirtschaftspolitisch innovativ (wenn auch sehr liberal). Empfehlung für jede:n, der:die sich für Menschen interessiert.



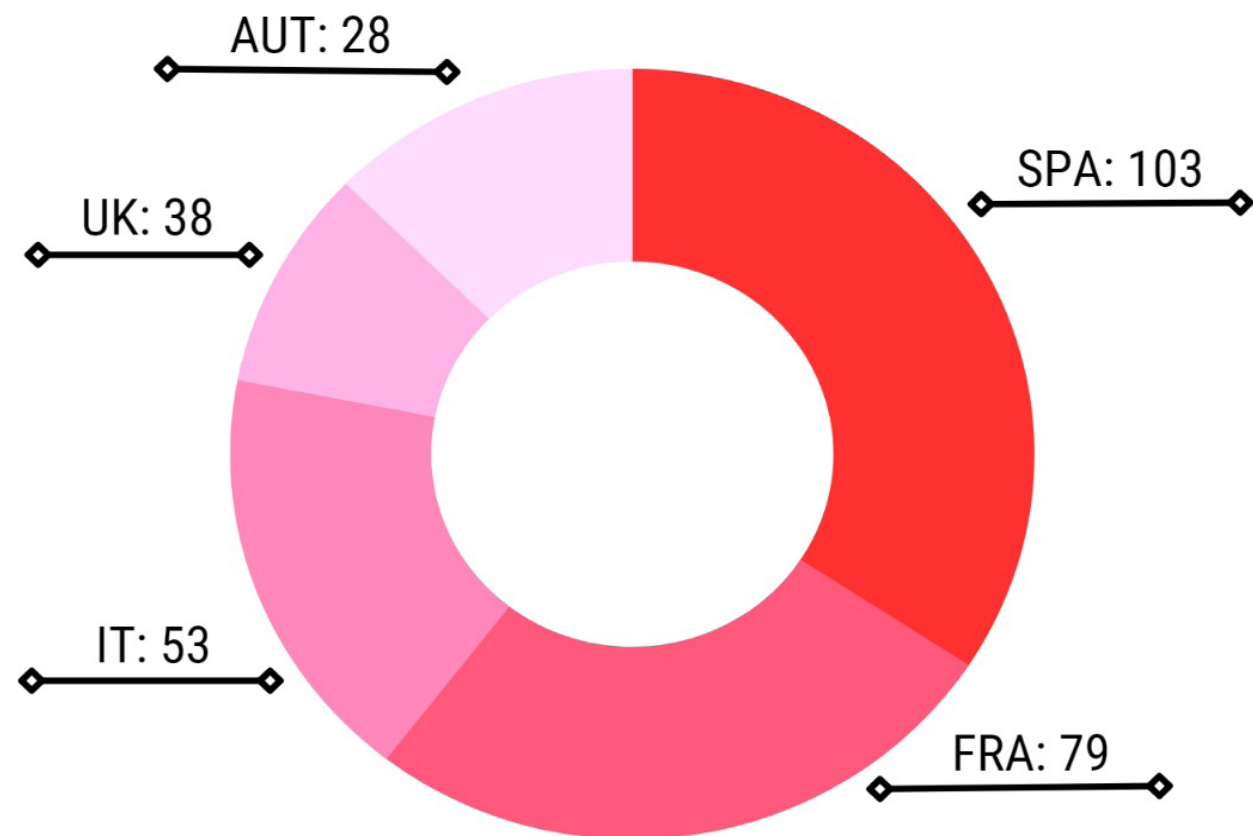
Inga: „Nachtzug nach Lissabon“ erzählt die Geschichte des 55-jährigen Gregorius, der Lehrer für Latein, Griechisch und Hebräisch an einem Gymnasium in der Schweiz ist. Als er in einer kleinen Buchhandlung ein unbekanntes portugiesisches Buch findet, ergreifen ihn ein paar der durch den Buchhändler übersetzten Passagen so sehr, dass er beschließt, Portugiesisch zu lernen. Am darauffolgenden Tag macht sich der sonst so gewohnheitsliebende und pflichtbewusste Gregorius überstürzt auf den Weg nach Lissabon, um den Autor Prado kennenzulernen. Vor Ort erfährt er, dass dieser bereits vor 30 Jahren an einem Aneurysma gestorben ist, sodass Gregorius sich mit den wichtigsten Menschen seines Umfelds näher beschäftigt, um der Geschichte des Autors auf den Grund zu gehen. Das Buch bewegt sich somit auf 3 Ebenen - erstens folgt man der Lebensgeschichte des Autors und Geschichte Portugals im geschichtlichen Kontext der Salazar-Diktatur, zweitens lernt man die tiefgründigen und philosophischen Gedanken, die Prado in seinem Buch beschreibt und welches man sozusagen gemeinsam mit Gregorius liest kennen und drittens verfolgt man die Geschichte Gregorius', die eine Geschichte des Aufbruchs und der Selbsthinterfragung ist.



NACHGEFRAGT

TOP 5 ERASMUS LÄNDER

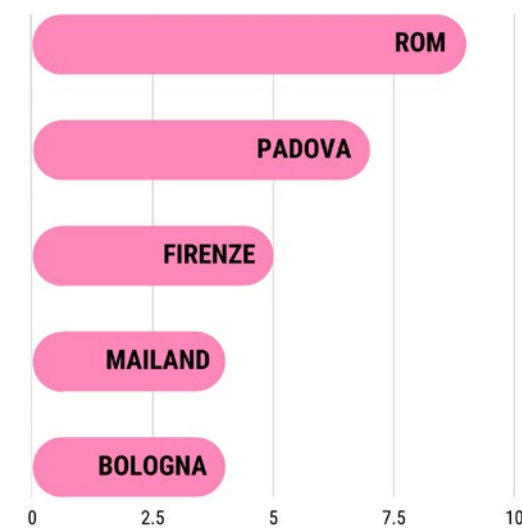
WS 22/23



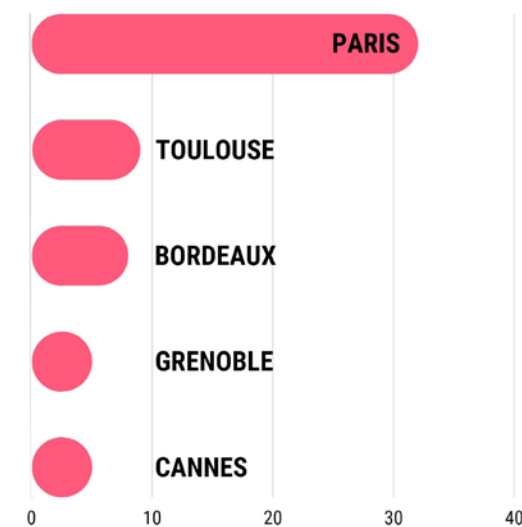
Die 5 beliebtesten Länder bei 543 Studierenden, die im WS 22/23 ein ERASMUS Auslandssemester gemacht haben



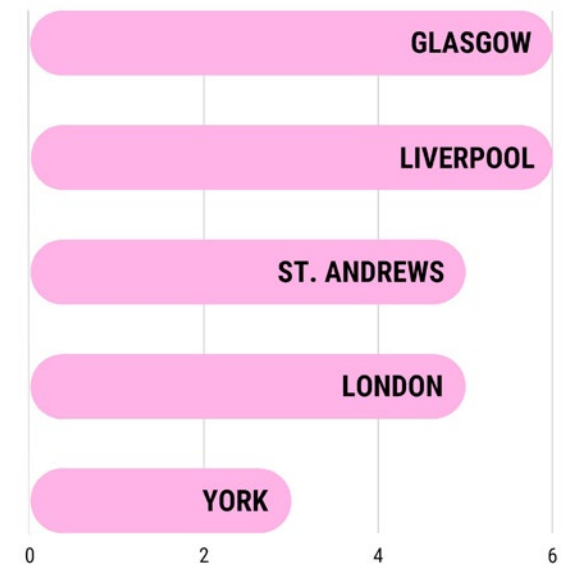
Spanien: Top 5 von 17 Städten



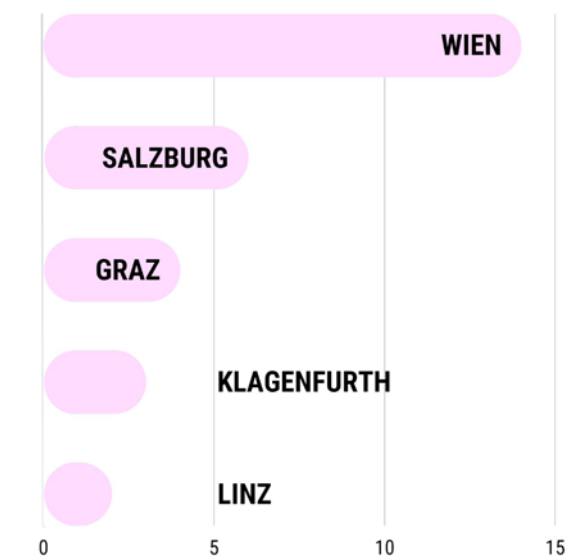
Italien: Top 5 von 16 Städten



Frankreich: Top 5 von 16 Städten



Vereinigtes Königreich: Top 5 von 11 Städten



Österreich: Top 5 von 5 Städten

Grafiken: Luis Wesser mit Daten von Erasmus Outgoing, Internationale Abteilung Mobilität ins Ausland Universität Bonn

BERICHT AUS PARIS

10 Fragen an Camilla

von Alessandra Fahl & Lucie Krauß



1. Steckbrief

Name: Camilla

Pronomen: sie/ihr

Alter: 24 Jahre alt

Studium: Bachelor in Germanistik, vergleichende Kultur- und Literaturwissenschaften und English Studies in Bonn,

abgeschlossen im April letztes Jahr

Erasmus: im akademischen Jahr 2020/2021 in Paris

2. An welcher Uni warst du?

Ich war an der Université Sorbonne Nouvelle Paris 3 – auf dem Campus sind die Literatur- und Kulturwissenschaften angesiedelt. Demnach waren dort sehr viele Studierende, die ähnliche Fachrichtungen und Interessen hatte, das war super, da ich dadurch viele Leute kennengelernt habe. Man muss sich über die Organisationsstrukturen der Uni bewusst sein. Es gibt verschiedene Universitäten in Paris, die alle in Einheiten gegliedert sind. Das sollte man vorher wissen und danach auch seinen Wohnort ausrichten.

3. Konntest du vorher schon französisch?

Ich hatte französisch in der Schule und habe dann wieder Sprachkurse an der Uni Bonn gemacht. Das war gerade für das Studium der Literaturwissenschaften in Paris auch notwendig, denn ohne französisch ist es fast nicht möglich. Alles ist auf französisch, sogar die Germanistik und Anglistik Kurse wurden teilweise auf französisch gehalten. Die offizielle Bedingung für das Studium in Paris war ein B1 Level, das halt ich aber als realitätsfern. Ich hatte am Anfang des Aufenthaltes das B2-Niveau, mittlerweile kann ich fließend Französisch sprechen. Mein Vorteil war, dass ich nur Hausarbeiten schreiben musste und Muttersprachler:innen

noch einmal drüber lesen konnten. Aber eigentlich schreibt man eher Klausuren, das war bei mir eine Ausnahme, und die auf französisch zu schreiben, während man die Sprache gerade am Lernen ist, ist sehr schwierig. Daher war es schon wichtig, gut französisch zu können.

4. Welche Seminare hast du belegt und wie war das Lehrangebot?

Ich habe mir sowohl für mein Hauptfach als auch für mein Nebenfach Kurse anrechnen lassen und dabei von drei Fachbereichen, die zu den Kursen, die ich in Bonn belegt hätte, gepasst haben. Wichtig und hilfreich war die enge Kommunikation mit den Betreuer:innen von English Studies in Bonn, mit denen ich auch im Vorfeld das Learning Agreement abgeschlossen habe. Diese beraten einen nämlich, welche Kurse man sich anrechnen lassen kann. Meine Lieblingskurse waren in der Komparatistik (vergl. Literaturwissenschaft). Dort fand ich besonders den sprachlichen Perspektivwechsel interessant und herausfordernd, was mir als „Sprachen-Nerd“ sehr viel Spaß gemacht hat. Mein Lieblingskurs im gesamten Studium war ein Kurs in Präsenz an der Pariser Uni, der Feminismus mit Literaturwissenschaften und Medien verknüpft hat. Daran erinnere ich mich auch jetzt noch sehr gerne.

5. Wieso hast du Paris für dein Auslandssemester ausgewählt?

Mein Hauptbeweggrund das Auslandssemester zu machen, war das Sprachenlernen, daher war mir ein französischsprachiges Land wichtig. Dadurch hat sich mir noch viel mehr literaturwissenschaftliches Material für das Studium erschlossen. Es musste nicht unbedingt Paris werden, aber nach Frankreich wollte ich.

6. Wie läuft der Bewerbungsprozess ab?

Beim Bewerbungsprozess setzt man Prioritäten (Top 3). Man schreibt dazu auch ein Motivationsschreiben, reicht einen Lebenslauf ein sowie ein Transcript of Records. Im Motivationsschreiben muss man erklären und begründen, warum es im besten Fall die Top 1 werden soll. Man bekommt dann eine Rückmeldung, ob man erstens überhaupt einen Erasmus Platz bekommen hat und ob es dann zweitens der Top Wunsch geworden ist. Ich wurde von meinem Nebenfach English Studies ausgewählt. Der nächste Schritt war dann ein Motivationsschreiben auf Französisch an der Universität in Paris einzureichen – ein eher formeller Vorgang, da der Erasmus-Platz zu dem Zeitpunkt schon ziemlich sicher war, trotzdem sollte man

sich auch da nochmal Mühe geben.

7. Wie war deine Wohnsituation vor Ort und wie bist du bei der Suche vorgegangen?

Zunächst war die Planung des Aufenthalts mit einer Unsicherheit aufgrund der damaligen Corona-Situation verbunden. Ich habe bei der Wohnungssuche aber glücklicherweise einen Tipp von meiner Tante bekommen für ein privates, internationales und französisches Studentinnen Wohnheim im 5. Arrondissement, das heißt „Foyer International des Etudiants“. Für die super zentrale Lage sind die Mieten dort im Vergleich recht günstig und es gibt Einzel- oder Zweierzimmer. Um dort zu wohnen, muss man ebenfalls ein Motivationsschreiben sowie weitere Unterlagen einreichen. Ich habe mir vor Ort ein Zimmer mit einer Französin geteilt, da diese Form des Wohnens günstiger ist. Es war eine tolle Erfahrung und ich habe mich schnell mit meiner Zimmerpartnerin angefreundet, da sie auch an der gleichen Uni studiert hat - auch wenn es manchmal auf sozialer Ebene herausfordernd war. Insgesamt gab es viele Gemeinschaftsaktivitäten wie Koch- oder Filmabende in dem Wohnheim. Die Gemeinschaft hat während des Corona-Lockdowns mein soziales Umfeld aufrechterhalten. Da im gesamten Haus sehr viel Französisch gesprochen wurde, haben sich meine Sprachkenntnisse auch sehr schnell stark gebessert. Und dazu habe ich viele tolle Freundinnen aus der ganzen Welt gefunden. Die Unis unterstützen einen auch bei der Wohnungssuche, jedoch nur wenn man aktiv nachfragt. Es gibt auch eine Vermittlung in Paris für die Wohnheime der Universitäten, das heißt „Crouse“, dort gibt es aber auch Bewerbungsfristen. Aber grundsätzlich muss man sich selbst drum kümmern.

8. War das Leben in Paris sehr teuer?

Die Lebenshaltungskosten sind schon recht teuer in Paris. Nur mit dem Erasmus-Satz, der 390€ im Monat beträgt, ist es sehr schwierig über die Runden zu kommen. Damit konnte ich nicht einmal meine Miete bezahlen. Ich hatte aber zusätzlich noch ein weiteres Auslandsstipendium sowie finanzielle Unterstützung durch meine Familie und war somit in einer sehr privilegierten Situation. Weitere Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung sind zum einen das „Auslands-BAföG“, wo auch aufgrund der erhöhten Kosten im Ausland Studierende berechtigt sind, die sonst nicht BAföG beziehen können. Oder auch der Bildungskredit der Bundesregierung. Dieser Kredit ist einfach und zinsgünstig und wird Studierenden relativ unkompliziert und schnell gewährt.



9. Wie hast du den Alltag in Paris wahrgenommen?

Generell war die Stimmung sehr geprägt von Corona, es drehte sich immer alles um Macron und seine Corona-Maßnahmen und wie man sie findet. Es entstanden viele Memes und GIFs mit Macron. Die Buzzwords meiner Zeit waren „Confinement“ (=Lockdown) und „Deconfinement“ (Lockerungen). Mir tat es sehr gut im Wohnheim mit meinen Freundinnen humorvoll mit der Situation umzugehen. Wir konnten gemeinsam darüber lachen und waren nicht in Isolation, das hat mir sehr geholfen im Gegensatz zu anderen die in Einzelappartements gelebt haben. In Frankreich sind die Semester kürzer, deshalb hatte ich recht lange Semesterferien, wo dann auch corona-technisch wieder mehr möglich war. Dadurch konnte ich Einblicke ins kulturelle Leben in Paris bekommen. Das Arbeitspensum an der Uni war allerdings sehr hoch und im Nachhinein sogar das krasseste Pensum, das ich, während meiner gesamten Uni-Zeit hatte. Es war also definitiv kein „Leersemerster“, ich hatte sehr viele Abgaben, die mich sehr gefordert haben, aber konnte das wissenschaftliche Arbeiten trainieren, deshalb war das Studium in Paris auch akademisch sehr wertvoll.

10. Was waren deine schönsten Erlebnisse?

Ich bin mit Freundinnen aus dem Wohnheim bei der Pride-Parade mitgelaufen und als die Corona-Maßnahmen allmählich gelockert wurden, habe ich viel mit Einheimischen unternommen und Paris erkundet.

Fazit:

Meine Zeit in Paris war sehr wertvoll und ich rate allen Leuten, die die Möglichkeit dazu haben, während des Studiums ins Ausland zu gehen. Ich möchte während meines Masters auch nochmal einen Erasmus-Aufenthalt machen und wieder mit der Motivation eine neue Sprache zu lernen. Ich wünschte, es gäbe noch mehr Informationsangebote von der Uni, so dass mehr Studierende davon mitbekommen.

Wichtige Links:

Wohnheimvermittlung:

<https://www.crous-paris.fr/>

Fahrrad-Abo:

<https://www.velib-metropole.fr/>

Das Studentinnen-Wohnheim im 5. Arrondissement (Foyer International des Étudiantes) <https://www.fie.fr/en/>

Bei Fragen könnt ihr euch an Camilla wenden und ihr eine E-Mail schreiben: camilladasilva43@gmail.com

Camillas Tipps:

1. Ein ganzes akademisches Jahr (also zwei Semester) im Ausland verbringen.
2. Auf die Dozierenden an der Partneruni zugehen, und deutlich kommunizieren, dass man Erasmus Student:in ist und auch offen nach Unterstützung fragen.
3. Versuchen aus der International-Bubble und der Komfortzone auszubrechen und Kontakt zu Einheimischen aufbauen. Das stärkt die Sprachkenntnisse und es können nachhaltige Verbindungen in die Stadt entstehen.
4. Beim Erlernen der Sprache nicht den Mut verlieren und sich auch trauen Fehler zu machen.
5. Speziell in Paris: Mit der Fahrrad-App kann man ganz einfach Fahrräder lösen und damit dann flexibel Paris erkunden. Ansonsten gibt es auch eine Jahreskarte der Metro, die sich lohnt. Mobilität ist sehr wichtig, um eine Stadt richtig kennenzulernen.

